

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

43 (20.2.1925)



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmöndlich 1.— M mit 90 3 ohne Zustellung. Einzel-  
preis 10 3, Samstag 15 3. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 3,  
auswärts 25 3. Reklamen 80 3. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle  
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:  
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich  
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.  
Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

### Heute sollen sie sich verantworten

Berlin, 20. Febr. (Eigener Fundienst.) Heute wird der Reichstag über die Ruhrdenkschrift der Regierung beraten. Die sozialdemokratische Fraktion hat zu dieser Beratung einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt. Die Fragen, um die es sich bei dem gesamten Komplotz handelt, in dem die 700 Millionen-Mark nur ein Glied ist, bedürfen der eingehenden Prüfung. Es muß festgestellt werden, in welchem Maße schon während des Ruhrkampfes auf dem Verwaltungswege der Ruhrindustrie Zuwendungen gemacht worden sind, die der Reichstag nicht bewilligt haben würde und nicht hätte bewilligen können ohne einen Ertrag der Ertragsherbeizurufen. Es muß festgestellt werden, ob der Versuch der Vermögensumschichtung in Deutschland, der den Mittelstand zurück und ins Glend geworfen hat, mit Bewußtsein von einer eigenmächtigen Bürokratie gefördert worden ist, die in der Zeit der Inflation die Kontrolle über den parlamentarischen Kontrolle zu entziehen.

Die Debatte, die heute morgen eröffnet wird, schreibt der „Vorwärts“, ist ein erster Versuch Klarheit in diese Verhältnisse zu bringen. Kein Zweifel, daß diesem ersten Versuch weitere folgen müssen. Es wird großer Energie aus Liebe zur Wahrheit und Gerechtigkeit bedürfen, um den Weg bis zur völligen Offenlegung der Wahrheit zu Ende zu gehen. Wir wollen die Wahrheit sehen, wir wollen wissen, wie es gekommen ist.

Diese Auseinandersetzungen müssen das ganze Volk bis ins Tiefste packen, denn es geht um seine Sache. Die Fragen, die dabei aufgeworfen werden, rühren an die Wurzel der Not des Volkes und des Staates. Die Arbeiter, die hart um Lebensunterhalt und um soziale Gerechtigkeit kämpfen, werden in dieser Auseinandersetzung wesentliche Zusammenhänge zwischen der politischen Entwicklung nach rechts und ihrer heutigen Stellung erkennen. Für jene Debatte über den Betrag nach Mittelhand, die heute voller Erregung über den Betrag nachdenken, der an ihnen durch Inflation und agitatorische Aufwertungsüberprüfungen verübt worden ist, wird diese Debatte besonders lehrreich sein. Es handelt sich um die Haltung einer eigenmächtigen Bürokratie gegenüber jener Wirtschaftskategorie, die die Treiberin und Nutznießerin der Inflation war. Für sie ist der Schluß unabwendbar, daß die eigenmächtige Bürokratie, daß die Parteien der Rechten für die Gewinner der Inflation auf das Glänzende sorgen, während für die Opfer der Inflation weder Verständnis noch Mittel vorhanden sind.

In der Debatte über die Ruhrdenkschrift der Regierung wird sich die große soziale Unmöglichkeit in Deutschland, die Verschlebung des Reichstums und der Machtverhältnisse, das Leid der deutschen Bevölkerung widerspiegeln. Das sind die Auseinandersetzungen ihre Bedeutung.

### Caillaux wieder in der Öffentlichkeit

Paris, 20. Febr. (Eig. Fundienst.) Am Donnerstagabend wurde der Ehren der beiden nach dem Siege von Clemenceau und dem Nationalen Block verfehlten linksstehenden bürgerlichen Politiker Caillaux und dem früheren Innenminister Wolby ein großes Bankett veranstaltet, dem über 2000 Personen, Angehörige der Parteien des Linksblocks, beiwohnten. Die führenden Politiker der Regierungsmehrheit waren nahezu alle vertreten. Außer Caillaux und Wolby, für die diese Veranstaltung die Rückkehr ins politische Leben bedeutete, sprach der Vorsitzende der Liga für Menschrechte, Quissens, und der bekannte Sozialist Professor Balth und Genosse Montet.

Caillaux hielt mit dem Nationalen Block und seinen „Anquiritoren“ scharfe Abrechnung, versicherte allerdings nicht Gleiches mit Gleichem vergelten zu wollen. Er habe an die Parteien und die Politiker, die ihn aus Parteileidenschaft, oder aus persönlichem Haß politisch tot zu machen suchten, nur eine Frage, nicht persönlicher Art zu richten: Was habt Ihr aus Frankreich gemacht? Die Antwort gab Caillaux selbst, indem er einen Heberblick über den vollständigen Zusammenbruch gab, den die französischen Nationalisten mit ihrer kurzfristigen Politik während des Krieges und dem 11. Mai 1924 erlitten haben. Den größten Vorwurf machte er ihnen daraus, daß sie über den Umfang des erlangenen Gutes so sehr erchröckelt zu sein schienen, daß sie ihn gar nicht zu meistern bemühten und deshalb gar nicht auf den einzigen Ausweg, die Verfassungsreform gegenüber den Besiegten, kamen. Caillaux entwarf dann, von jener anerkannt als hervorragender Finanzpolitiker, einen großzügigen Reformplan für die französische Finanz- und Steuerverwaltung und trat für eine durchgehende Reform des ganzen Staates ein, die das Linksblock in die Hände nehmen müsse, um zum Ziele zu kommen. Caillaux wurde nach seiner Rede in höchster Beifall zu teil. Ebenso fanden die Ausführungen Wolbys lebhaften Beifall.

### Der Konflikt mit Rumänien

Blättermeldungen aus Bukarest zufolge wurde gestern auf der Ministertagung beschlossen, über den Konflikt mit Deutschland ein Grünbuch herauszugeben, das alle auf diesen Streitfall bezüglichen Dokumente enthalten soll. Ferner wird berichtet, die rumänische Regierung werde zu keinen Ausweigungen von Deutschen, sondern zu wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen

schreiten. Die Rede Dr. Stresemanns im Reichstagsauschuss werde Finanzminister Brailanu in der nächsten Kammer Sitzung beantworten.

Wie die Blätter erfahren, beschäftigt die deutsche Regierung die Frage der Einbeziehung der rumänischen Forderungen in die Dawes-Kommission der Reparationskommission zu unterbreiten. Bis gestern mitag waren an amtlichen Stellen keinerlei offizielle Meldungen über eine weitläufige Anwendung von „Sanktionen“ gegenüber Deutschland eingetroffen; es ist auch noch kein Beschluß der Regierung über Gegenmaßnahmen gefaßt worden. Diese werden sich ganz nach den Maßnahmen richten, die Rumänien erteilt.

### Die Aussprache im preussischen Landtag

Berlin, 19. Febr. Im Verlaufe der Aussprache im preussischen Landtag über die Regierungserklärung wurde von Rednern der Kommunisten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht, daß die betreffenden Fraktionen der preussischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen könnten. Die Erklärung der Nationalsozialisten wendet sich besonders gegen den Minister des Innern Seering. Ministerpräsident Dr. Marx sagte nachmals, daß alles in der Regierungserklärung Besprochenes durchzuführen und demerte in Bezug auf die Polemik gegen das Kabinett und speziell gegen den Minister Seering, daß nach der Ablehnung der Großen Koalition durch die Deutsche Volkspartei keine andere Regierung als die jetzige möglich gewesen sei. und daß das Kabinett sich von Seering nicht trennen lasse.

Nach Ausführungen Weiners (Soz.) und Schwerins (Str.) erklärte Camde (D.Vp.), er unterbreite nochmals, daß die Volkspartei dem gegenwärtigen Kabinett ihr Vertrauen nicht geben könne. Die Volkspartei sei zu einem etwaigen neuen Wahlkampf bereit. Er drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß es dem Ministerpräsidenten, wenn auch nach dem Kampf, noch gelingen werde, ein arbeitsfähiges Kabinett aufzubauen zu bringen. Die Weiterberatung wurde auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt.

Berlin, 20. Febr. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, durch den die Regierungserklärung gestützt und dem Staatsministerium das Vertrauen ausgesprochen wird. — Bei den Fraktionen herrschte nach der gestrigen Debatte der Einbruch vor, daß sich die Gegenkräfte zwischen Regierung und Oppositionsparteien fast noch verhalten haben. Insofern es für die heutige Abstimmung auf jede einzelne Stimme ankommen wird. Es wird schließlich auch auf die Befragung des Hauses ankommen, ob das Kabinett Marx eine Mehrheit erhält oder in der Minderheit bleibt.

### Die Räumungsfrage im englischen Unterhaus

London, 19. Febr. (Unterhaus.) Lees Smith fragte den Ministerpräsidenten, ob die Räumung der Kölner Zone sofort nach der Erfüllung der Bedingungen betr. die Entwaffnung durch die deutsche Regierung stattfinden werde. Chamberlain antwortete: Die Lage wurde durch den von der Presse veröffentlichten Notenwechsel zwischen den Alliierten Regierungen und Deutschland vollständig angeklärt. Die alliierte Note vom 26. Januar schließt mit der Bemerkung, daß es Sache Deutschlands sei, seine vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen und so die alliierten Regierungen in die Lage zu versetzen, die Begünstigung betr. die Zeitdauer der Besetzung zu gewähren. Die der Artikel 429 enthalte. — Lees Smith fragte ferner, ob die alliierten Regierungen, die die Räumung der Zone beabsichtigen, sich der Aufgabe, daß eine Erklärung abgegeben wird, was „diese Punkte“ bedeuten, wird der Ministerpräsident bekannt gegeben, ob sie nach seiner Ansicht bedeuten, daß die Räumung sofort begonnen hat, und daß, wenn die Entwaffnungsbestimmungen durch Deutschland erfüllt sind, die Räumung Platz greifen wird? Chamberlain erwiderte: Ich denke, es liegen auch einige Nachteile und vielleicht auch Gefahren darin, wenn ich zu der alliierten Note einen Kommentar gebe. Auch habe ich den Wortlaut der Note gelesen, der mir klar zu sein scheint. — Weder Chamberlain fragte, ob es die Absicht der Alliierten sei, der deutschen Regierung genau mitzuteilen, in welchen Punkten sie noch im Bezug sei. Chamberlain antwortete, vielleicht würde es, ehe er eine weitere Erklärung abgibt, den und ihm gestattet sein, erst einen Gedankenaustausch mit den Alliierten nach dem Erhalt der Informationen, die ihnen binnen Kurzem zugehen würden, zu pflegen. — Oberst Wedgwood fragte, ob die deutsche Regierung auf die sofortige Räumung der Kölner Zone rechnen könne, wenn sie sich dem britischen Standpunkt betreffend die Entwaffnung angeschlossen, oder ob die britische Regierung der Ansicht sein würde, daß die Bestimmungen der Räumung verifizierten. Chamberlain antwortete: Nicht die britische Regierung allein, sondern die alliierten Regierungen haben über diese Frage zu entscheiden. Im übrigen verweise ich auf die Antwort, die der Ministerpräsident am 18. Februar dem Northcote erteilte, sowie auf meine vor kurzem abgegebene Erwiderung.

### Kriegsgerichtsurteile

Düsseldorf, 19. Febr. Das französische Kriegsgericht verurteilte zwei inländische Arbeiter, die der kommunistischen Partei angehören, wegen antimilitärischer revolutionärer Propaganda unter den französischen Soldaten des besetzten Gebietes zu 3 1/2 bzw. 3 Jahren Gefängnis.

### Marx in der Abwehr

Am 7. Dezember hat die preussische Bevölkerung der vergangenen Regierung Braun ein glänzendes Vertrauensvotum ausgestellt. Aber es ginge bei uns in Deutschland sonderbar zu, wenn die Herren der Rechten dem Willen des Volkes auch nur im geringsten entsprechen würden. Sie wollen auf eigene Faust, und zwar speziell nach den Wünschen ihrer einzelnen Abgeordneten, regieren, und da dieser Zustand unmöglich ist, solange die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß besitzt, wurde die preussische Regierung Braun gestürzt. Ihr Sturz erfolgte ohne die geringste Aussicht auf Bildung eines Kabinetts, das den Profittinteressen der Agrarier und Schwerindustriellen entsprochen hätte.

So konnte nur eine Regierung gegen die Rechtsparteien entstehen, ein Kabinett, das bereit ist, den von der Reaktion angelegten Kampf aufzunehmen, und in diesem Sinne betrachten wir die Regierung Marx als ein ausgesprochenes Kampfbündnis. Die am Mittwoch von Herrn Marx vor dem preussischen Landtag abgegebene Erklärung zeigt zweifellos nicht von einem besondern Kampfeswillen. Sie stützt sich im großen und ganzen auf die früheren programmatischen Feststellungen der großen Koalition und zeigt in klarem Maße das Bestreben, die Unterstützung der Wirtschaftspartei für das neue preussische Ministerium zu erlangen. Aber viel wichtiger als die wörtlichen Auslassungen des Ministerpräsidenten scheint uns für den kommenden Kurs der preussischen Politik das, was in der Regierungserklärung nicht enthalten war und aus bestimmten Gründen nicht enthalten sein konnte.

Die Regierung Marx ist nun einmal eine Minderheitsregierung und unterliegt dem Zwang, darauf bei bestimmten Gelegenheiten Rücksicht zu nehmen. Das gilt natürlich nur für solche Fälle, wo sie sich mit einer Zurückhaltung gegenüber der Opposition nichts vergibt und dem beabsichtigten politischen Kurs treu bleibt. Auch wir hätten z. B. gern manche schärfere Wendung in dem Programm des preussischen Ministeriums gesehen, aber damit wäre praktisch weder uns noch der Regierung Marx gebient worden. Schließlich kommt es doch nicht auf das Programm oder schöne Worte an, sondern auf die Taten und nur von diesen Taten wird die Sozialdemokratie in Zukunft ihre Stellungnahme zu der neuen preussischen Regierung abhängig machen.

Marx hat ausdrücklich erklärt, daß die Handlungen seiner Regierung den Paragraphen der Verfassung entsprechen sollen, und er hat darüber hinaus als obersten Grundsatz aller Handlungen den Schutz der republikanischen Verfassung bezeichnet. Damit ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Voraussetzungen für die Beteiligung an der preussischen Regierung in der jetzigen Form erfüllt. Aber die Erfüllung eines Grundsatzes allein genügt nicht, wenn diejenigen, die für seine Durchführung in Frage kommen, keine genügende Gewähr für die Liebe zur Republik bieten. Solche Persönlichkeiten gibt es zweifellos auch heute noch in Preußen in einer ganzen Reihe von verhältnismäßig maßgebenden Ämtern. Sie müssen erlegt oder wenigstens muß ihre Tätigkeit so umgrenzt werden, daß sie nicht im entgegengesetzten Sinne des von Marx verkündeten Regierungsprogramms wirken können. In kurze Worte gefaßt: Wir brauchen mehr Republikaner, mehr republikanischen Geist in den Ämtern! Für die höheren Ämtern trifft diese Forderung ganz besonders zu und wenn sie erfüllt wird — was wir hoffen —, muß die Sozialdemokratie erwarten, daß sie als Kabinett gemäß dem gegebenen Versprechen ganz besondere Berücksichtigung findet.

Die Sozialdemokratie wird sich im übrigen über die Maßnahmen der preussischen Regierung in der Personalpolitik, die für sie das wesentliche ist und über ihre Haltung zu allen anderen politischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen des Kabinetts von Fall zu Fall entscheiden. Das Primäre ist für uns die Handlungsweise des Kabinetts und nicht das Programm, so daß wir darauf verzichten können, für heute auf die programmatischen Erklärungen noch weiter einzugehen, als es geschehen ist. Wir sind nicht mit Herrn Marx verheiratet, aber wir sind bereit, in Gemeinschaft mit ihm die großen Ziele der republikanischen Politik verwirklichen zu helfen. Das ist nur im Kampfe gegen rechts möglich und nur dann, wenn Marx in der Abwehr ausharrt. Er hat u. U. das schwierige Amt des preussischen Ministerpräsidenten in der jetzigen Situation aus den Gründen übernommen, die uns Sozialdemokraten veranlassen, ihm den Genossen Seering als Innenminister ohne jede weitere Beteiligung zur Seite zu stellen. Wir werden auch weiterhin ausharren und in der Abwehr gegen die Ansprüche der Reaktion unseren Mann stehen. Ist Marx von der gleichen Absicht besetzt — und das ist er sich heute selbst schuldig —, dann muß die zweite Etappe des Kampfes um die Macht in Preußen auf die Dauer einen Ausgang nehmen, der uns im Vergleich zu dem, was die Deutschnationalen wollen, erträglich scheint.



### Die Barmat-Affäre

Neue Feststellungen des Untersuchungsausschusses

Berlin, 19. Febr. Am Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Kreditgewährung an Barmat und Auslöser um werden heute als Zeugen unter Eid vernommen Staatssekretär Reichner und Unterstaatssekretär Zöpfer. Zunächst gibt der Vorsitzende Kenntnis von dem Schreiben des ehemaligen Ministerpräsidenten Paul Hirth, in dem dieser unter Bezugnahme auf die Aussagen des Frhr. v. Maltzan erklärt, daß er sich nie für die Barmat verhandelt habe und von einem Schreiben des Oberpräsidenten von Hannover, in dem Maltzan berichtet, daß er seinen der Gebr. Barmat niemals gesehen habe. Die Deutsche Gesundheitskraft im Haag hat aus ihren Akten festgestellt, daß Julius Barmat am 20. Mai 1919 ein Dauervisum auf drei Monate erhalten hat. Das Telegramm Barmats an Wels war demnach vom 15. Mai 1919. Der Weisheitsbericht des Reichspräsidenten ist mit dem Telegramm erst am 20. Mai in das Privatbüro des Reichspräsidenten gelangt, also zu einem Zeitpunkt, als Barmat das Kaiserliche Visum bereits erhalten hatte. Aus den Akten des Reichspräsidenten geht weiter hervor, daß der Reichspräsident am 20. Mai 1919 eine 12-Zimmerwohnung bezugsfertig befand. Staatssekretär Reichner, der Reichspräsident habe Barmat im Mai 1919 aus politischen Gründen zweimal empfangen, Barmat, der auf dem internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam Ende April 1919 die Bekanntschaft hervortragender deutscher Sozialdemokraten gemacht und diesen auch gewisse Dienste geleistet hatte, kam Anfangs Mai nach Berlin. Er wurde von zwei hervorragenden sozialdemokratischen Abgeordneten dem Reichspräsidenten vorgestellt zu dem Zweck, einen vertraulichen Brief, der ihm zur persönlichen Uebergabe von einem ausländischen Politiker übergeben worden war, dem Reichspräsidenten persönlich auszubringen. Zu diesem Zweck empfing der Reichspräsident ihn zusammen mit einigen deutschen Sozialdemokraten in den Abendstunden des 4. Mai und behielt im Anschluß daran die Herren zum Abendessen bei sich. Da der vorerwähnte Brief des ausländischen Politikers eine persönliche Antwort des Reichspräsidenten erforderte, so bestellte dieser Barmat einige Tage später nachmittags zu sich und übergab ihm einen Antwortschreiben zur Uebermittlung an den ausländischen Herrn. Seitdem, also seit dem 10. Mai 1919, sah der Reichspräsident seinen der Angehörigen Barmats wieder und hatte auch sonst keinerlei Beziehungen zu Julius Barmat mehr. Was das Aufschreiben des Reichspräsidenten betrifft, so hat Barmat kurz nach seinem Empfang dem Reichspräsidenten zur Sicherung der Sache eine Aufmerksamkeitskarte überreicht, wie der Zeuge zu wissen glaubt, einen Blumenstrauß oder einen Korb. Barmat hat ihm der Reichskanzler durch eine Karte für die ihm und seiner Frau erwiesene Aufmerksamkeit gedankt.

Begüglich des vielfach erwiderten Telegramms Barmats an den Abg. Wels bemerkte der Zeuge Reichner, daß der Reichspräsident auf dieses Telegramm für den Chef seines Büros den Wunsch vermerkte, daß die Gesandtschaft, die Barmat das Dauervisum noch nicht zugestellt hatte, nochmals erjucht werde, das Visum zu erteilen, da das Auswärtige Amt des Visum bereits zugestellt hatte. Nachteiliges sei damals über Barmat im Auswärtigen Amt nicht bekannt gewesen. Krüger, der damals in privatrechtlichem Vertrag als Angestellter im Büro des Reichspräsidenten beschäftigt war, hätte sich Rügen zugewogen, als er eigenmächtig und bestimmungswidrig Barmat ein Grenzempfehlungsschreiben ausgestellt hatte, und in einem anderen ähnlichen Falle die Bezeichnung „Der Reichspräsident im Auftrag“ mitgebracht hatte. Krüger sei nach diesen Vorfällen aus dem Reichspräsidentenvertragsverhältnis mit dem Reichspräsidenten ausgeschieden.

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung Reichners betonte der Zeuge, daß Reichspräsident Ebert sehr überrascht war, als sein Sohn in der Bremer Zeitungsbank Barmats eingetreten war. Er sei auch bald wieder auf Veranlassung seines Vaters ausgeschieden. Des weitern sagte der Zeuge, der Wunsch in dem Reichspräsidenten bedeute nichts anderes, als die Sache dem Ermessen des betr. Beamten zu überlassen. Von einem entscheidenden Einfluß auf die Beamten sei dabei gar keine Rede. Als Barmat das erste Mal beim Reichspräsidenten erschien, lagen von dem Barmatschen vor Barmat nur ein Telegramm des Barons Maltzan vor, worin wohlwollende Zurückhaltung gegenüber Barmat empfohlen wurde. Dieses Telegramm war dem Reichspräsidenten Ebert nicht bekannt. Ebert hatte auch schon lange vor den Presseangriffen seinen Verkehr mit Barmat eingestellt. Der Abfender des Briefes, den Barmat dem Reichspräsidenten überreichen sollte, war der ehemalige belgische Minister Guyssman. Hiermit ist die Vernehmung Reichners abgeschlossen.

### Der Bericht der internationalen Militärkommission

General Wolff, der Präsident der Alliierten Militärkontrollkommission in Berlin, hat am Mittwoch den Bericht über die von der Kommission durchgeführte Rüstungsinspektion in Deutschland im französischen Außenministerium niedergelegt. Der Bericht ist an Generali, in seiner Eigenschaft als Präsident der Vorkontrollkonferenz, adressiert. Er hat einen Umfang von 44 Schreibmaschinenseiten und ist von 12 Anlagen begleitet, deren bedeutendste und umfangreichste die Berichte der Unterkommissionen für die Kontrolle der deutschen Armee sowie der Unterkommission für die Rüstungskontrolle sind.

Wie der „Temps“ zu berichten weiß, befanden sich alle teilnehmenden Einzelheiten und die festgestellten Verletzungen Deutschlands gegen die Abrüstungsbestimmungen ausführlich in den Anlagen aufgezählt. Wie das Blatt weiterhin erzählt, hat das am Dienstag von amtlicher Seite demontierte Projekt Serriols, sich bereits in den nächsten Tagen zu einer Aussprache mit der englischen Regierung nach London zu begeben, hier an Wahrheitsgemäßheit gemangelt. Die beiden Hauptfragen, die eine Aussprache zwischen den alliierten Nationen notwendig machen, sei vor allem die, ob und unter welchen Bedingungen der Bericht der Kontrollkommission veröffentlicht werden soll, sowie die Erfüllung der neuen an Deutschland zu richtenden Akte, in der die Bedingungen genau fixiert werden sollen, von deren Erfüllung die Alliierten die Räumung der Röhrenzone abhängig machen werden.

### Das Abrüstungsproblem

London, 19. Febr. Daily Telegraph meldet aus New York, die Frage einer neuen Abrüstungskonferenz habe den Gegenstand von Besprechungen zwischen Washington, Paris, Tokio und anderen Hauptstädten gebildet. Inzwischen erklärt ein Vertreter des Weißen Hauses, die Erörterungen seien noch nicht soweit vorangeschritten, um von formellen Verhandlungen sprechen zu können. Präsident Coolidge wünsche eine Vereinbarung herbeizuführen, die nicht nur den Weltfrieden an sich, sondern auch die Rüstungsindustrie in Einklang bringen werden würde. Wenn in der Frage der Kontrollfragen etwas getan werden könnte, so würde Washington einen solchen Schritt begrüßen. Aber Coolidge sei der Ansicht, daß dies in erster Linie eine europäische Frage sei.

### Die Sozialdemokratie und das 700 Millionenengeld an die Ruhrindustrie

Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Reichstag folgenden Antrag vorgelegt: Der Reichstag wolle beschließen: Gemäß Artikel 84 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, die an die Ruhrindustrie geleisteten und zu leistenden Beträge zwecks Rückerstattung an das Reich festzustellen. Zu diesem Zweck ist erforderlich:

1. Feststellung der Höhe und der Bedingtheit der Verwendung der Beträge, die vom Reich für Kohle, Materialaufwand usw. seit dem 11. Januar 1923 an die Wirtschaft der besetzten Gebiete bewilligt wurden.
2. Feststellung der Höhe und der Bedingungen der Kredite, die seit dem 11. Januar 1923 von den Reichsministerien, der Reichsbank, der Reichsrenten- und Kontrollstelle, der Sifa usw. der Wirtschaft der besetzten Gebiete gewährt wurden. Insbesondere Feststellung der dem Reich bezug der Reichsbank dadurch entstandenen Verluste.
3. Feststellung der Höhe des von den einzelnen Unternehmen während des Jahres 1923 ausgegebenen Notgeldes.
4. Feststellung der im Jahre 1923 und 1924 errichteten Steuererleichterungen der später einschlägigen Unternehmen, insbesondere in welchem Umfang Steuererleichterungen gewährt wurden bzw. wie hoch der Unterschied zwischen den geleisteten Zahlungen und den gesetzlich gerechneten Steuerpflichtigkeiten ist.
5. Feststellung und Nachprüfung der Höhe und der Bedingungen der vom Reich gewährten Entschädigungen aus Anlaß der Ruhrbesetzung sowie der Währungsfragen.
6. Feststellung und Nachprüfung der von der Ruhrkohle AG. vorgenommenen Unterverteilung der vom Reich gewährten Entschädigungen.

### Es wäre doch zu schade

München, 19. Febr. Zu einer Berliner Blättermeldung, wonach in vielfachen Kreisen verlautet, General Ludendorff habe sich entschlossen, sein Reichstagsmandat niederzulegen und daß an seine Stelle Hauptmann Böhm treten solle, erzählt der „Völkische Kurier“ von unterrichteter Seite, daß diese Gerüchte nicht den Tatsachen entsprechen.

### Die deutsche Tscheta vor dem Staatsgerichtshof

(Berliner Verhandlungstag.)

Der dritte Verhandlungstag des Tscheta-Prozesses brachte die Vernehmung des Angeklagten Stolzewski. Nach seinen eigenen Angaben ist er russischer Staatsangehöriger. Er leugnet, irgend etwas mit Goren, Wolf oder „Selmutz“ zu tun zu haben, wie das behauptet worden ist. Am 24. März sei er bei einem zufälligen Zusammentreffen mit Gule verhaftet worden. Mit diesem sei er bekannt geworden, durch den Herrn, bei dem er wohnte. Nachher: Wer war das? Stolzewski: Der Herr, der ich keine Auskunft. Vorsitzender: Warum? Stolzewski: Ich lebe dort ohne Anmeldung, weil ich keine Ausweise hatte. Im weiteren Frage- und Antwortspiel erklärt der Angeklagte dann, daß er Gule an einem Untergrundbahnhof kennen gelernt habe. Dieser habe ihm einen Ausweis für den Aufenthalt in Deutschland beschaffen wollen. Vorsitzender: Warum haben Sie eine leere Handtasche mitgenommen, als Sie mit Gule zusammenkamen? Stolzewski: Gule sollte sie für seine Bemühungen zu Geld machen. Auf den Einwand des Vorsitzenden, ob Gule die Tasche nicht einem Herrn Winkler geben wollte, dessen Adresse er sich im Augenblick der Verhaftung gerade notiert hatte, erklärt Stolzewski: Die Adresse, die ich Gule zu notieren bat, war die Adresse einer mir bekannten Dame. Es handelt sich um eine Russin namens Maria Schipowa. Ich habe bisher bestritten, daß ich sie kenne, weil ich ihr keine Schwierigkeiten machen wollte. Doch jetzt ist sie nicht mehr in Deutschland. Vorsitzender (zu Gule): Ist Stolzewski wirklich Mechaniker sei. Der Angeklagte wolle auch seinerseits dazu beitragen, um festzustellen, daß er mit dem Selmutz nicht identisch ist.

Nach einer kurzen Pause wird der Angeklagte Poegge vernommen. Er schildert ausführlich seinen Lebenslauf. I. a. gibt er an, daß er 1919 in der Brigade Ehrhardt (!) gewesen sei. Später sei er freiwillig zur Reichsmarine gegangen. Niebner: Sie wollen am 10. Oktober 1923 bei der kommunistischen Partei als Kontrollkommissar angestellt worden sein? Poegge beginnt wieder sehr ausführlich über sein Leben vor Eintritt in die kommunistische Partei zu sprechen. Niebner: Können Sie sich hierzu hier ist keine politische Veranlassung. Poegge erzählt dann seine Motive, die ihn zum Eintritt in die kommunistische Partei bewogen, wobei er Ludendorff als geschicktesten Klassenführer bezeichnet. Niebner teilt ihm hierfür eine ernste Rüge. Nach Rücksprache mit seinem Verteidiger legt er folgende aus: Ich ging freiwillig zur Brigade Ehrhardt, um die Freiwilligen auszurufen. Er schildert dann sein Zusammenreffen mit Wötcher und Brandler, von welchen er nach Weimar zu dem damaligen Minister Reubner geschickt wurde. Später ist er von Reubner nach Berlin berufen und in die Gruppe für Kontrolle der Partei und Bewachung der Spitze eingereiht worden, womit die Terrorgruppe gemeint ist. Er berichtet dann über die Bewachung des Reichswehrministeriums. Reubner habe ihm gesagt, er wolle den Seest erziehen. Die Sache will er aber nicht ernst gemeint haben, da er sie als ein Hirngespinnst des Reubner ansah. Er erwähnt wiederum den Fettel, durch den der Mord an Seest den Faschisten zugeschoben werden sollte. Der Fettel war schwarz-weiß-rot umrandet. Niebner: Sie wollen doch wissen bei sich getragen haben? Poegge: Ich habe das als Delation angesehen. Der Senatpräsident macht dem Angeklagten den Vorwurf, daß er in der Vorunternehmung ganz anders ausgelegt hätte als jetzt in der Hauptverhandlung. Poegge antwortet hierauf: Durch verschiedene Verdächtigungen habe ich das Vertrauen zur Partei verloren. Meine Aussagen geschähen nur unter dem Druck der mittelalterlichen Verhaftung während meiner Untersuchungshaft. Bei der weiteren Vernehmung kommt es zu erregten Auseinandersetzungen

gen zwischen Poegge und Dr. Goldstein, dem Verteidiger Reumanns. Poegge will von Dr. Goldstein zu manchen Aussagen beeinflusst worden sein. Von der Polizei soll ihm versprochen worden sein, wenn er seine Aussagen vor Gericht aufrecht erhält, würde er nach zwei Jahren von der Polizei angeheuert. Dr. Goldstein stellt den Antrag, daß Dr. Goldstein während der Vernehmung Poegges die Verteidigung niederlege und verlaßt, daß Goldstein in der Sache Poegge als Zeuge vernommen wird. Darauf tritt eine einstündige Pause ein.

Nach der Pause wird Abg. Dr. Goldstein als Zeuge vernommen, der über seinen Besuch bei Poegge im Untersuchungsgefängnis in Stuttgart berichtet, wobei ihm Poegge über die dortigen Vorgänge sowie über die Beeinflussung der Polizei in Bezug auf seine Aussagen in der Vorunternehmung Mitteilung gemacht hatte. Er persönlich habe ihn jedoch nicht zu seiner Aussage beeinflusst. — Anschließend wird in der Vernehmung des Poegge fortgesetzt, wobei der Fall Seest noch einmal erörtert wird. Der Vorsitzende verliest noch einmal die gesamte Aussage des Poegge. Bei der Erwähnung des Verpflichtungsscheins kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, da Reumann behauptet, dasselbe hätte auf die Partei gelaufen, während Poegge jedoch das Gegenteil auslegt. Die Verhandlung wird schließlich auf Freitag vertagt.

### Aus dem Freistaat Baden

Gehaltsminderung und Abzug

Auf die Zuschrift aus Beamtenskreisen in der Nr. 34 vom 10. Februar wird in der „Karlsruher Zeitung“ folgende amtliche Antwort erteilt:

In einem Karlsruher Blatt wird unter Hinweis auf die Gehaltsminderung, welche die badischen Beamten der Gruppen 1-6 durch den abnehmenden Ertrag des Leipziger Schiedsgerichts erleiden, die Frage gestellt, ob die Abzüge für das im Frühjahr durch Vermittlung der Beamtengenossenschaftsverband den Beamten und Angestellten gewährte Wirtschaftsdarlehen nicht einige Monate hinausgeschoben werden könnten, oder ob man auf die Rückzahlung nicht überhaupt verzichten könne. In demselben Sinne ist auch der Beamtensbund beim Staatsministerium vorstellig geworden.

Zu der wohlgemeinten Anregung ist festzustellen, daß der Rückzahlungstermin auf Wunsch der Beamtenschaft schon einmal verschoben wurde, und zwar vom 1. Dezember auf 1. Februar. Die nochmalige Hinausschiebung der Abzüge würde keine wirkliche Erleichterung bringen, sie würde nur dazu führen, daß sich die Rückzahlung des Darlehens bis in den nächsten Winter hinein erstrecken würde, wo dann dem Einzelnen die Abzahlung noch weit schwerer fiel als jetzt. Von einem Erlass der Rückzahlung kann aber schon wegen der ungleichen Wirkung, die eine derartige Maßnahme hätte, nicht die Rede sein. Ein nicht geringer Teil der Beamten, insbesondere auch der unteren Gruppen hat von dem Darlehen keinen Gebrauch gemacht, gerade abgesehen von den Rückzahlungsschwierigkeiten. Diese Beamten müßten es als durchaus ungerecht empfinden, wenn das Darlehen jetzt erlassen würde. Mit einer Abänderung der Rückzahlungsbedingungen kann sonach nicht gerechnet werden.

Wenn in dem Artikel weiter behauptet wird, daß einzelnen Beamten am 1. Februar 30-40 Proz. für die Darlehensrückzahlung abgezogen worden seien, so ist das nach den Feststellungen bei der Beamtengenossenschaftsverband nicht zutreffend. Abzüge über den zulässigen Betrag von 20 Proz. sind nicht vorgenommen. Die Behauptung, die Rückzahlung des Darlehens würde sich bis in den nächsten Winter hingezien, ist doch etwas übertrieben. Der Kern der Kritik war doch der, daß fest gestellt wurde, daß es für die Beamten im Februar besonders schwer wurde, den Abzug hinzunehmen, nachdem ihnen statt der 20 Prozent Zulage infolge des Spruchs des Leipziger Schiedsgerichts nur 12½ Prozent gezahlt worden sind, jedoch also der Ausfall in diesem Monat ein besonders fühlbarer war. Ein Hinausschieben der Rückzahlungstermine um 1 oder 2 Monate hätte also doch eine sichtbare Erleichterung gebracht.

### Landtagsberichterstattung

Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt gestern:

In der gestrigen Sitzung des Landtags (es ist die Sitzung vom Mittwoch, 18. Febr., nachmittags, gemeint. Die Red. des Volksfreunde), in welcher die förmliche Anfrage der Abgeordneten Schmidt-Breiten wegen des Verbots des „Karlsruher Volksblattes“ zur Beratung stand, sagte dieser Abgeordnete bei seiner Begründung der Anfrage, „der Minister des Innern scheint bei der Erlassung des Verbots von seinem Referenten schlecht beraten gewesen zu sein. Die von dem genannten Blatt in einem Bericht hervorgehobene Bezeichnung „schwarz-rot-goldener Rappen“, wegen welcher das Verbot erlassen wurde, sei gar nicht auf die Reichsflagge gemeint gewesen (?), der Referent sei entweder unfähig, das Gebiet richtig anzugeben, dann könne man nichts machen, sei er aber fähig, dann ist er ein Verbrecher.“

Der Minister des Innern fragte in einer Höflichkeitserklärung zwei, dreimal den Abgeordneten Schmidt-Breiten „Verbrecher?“ „Ja wohl, ein Verbrecher“ war die zweimal gegebene Antwort desselben, worauf der Minister prompt erwidertes „Hui Teufel!“

Wie berichtet nun über diese Vorgänge die „Badische Presse“? „Schmidt-Breiten begründete die Anfrage und nannte dabei das Verhalten des betreffenden Beamten ein Verbrechen. Der Präsident rügte den Ausdruck und der Minister Remmele sagte „Hui Teufel!“ Der Abgeordnete Reumann kam auch auf den Schmidt'schen Ausdruck „Verbrechen“ zu sprechen.

Das deutsch-nationale Organ „Karlsruher Volksblatt“ berichtet über diese Vorgänge: „Warum kam das Verbot? Der betreffende Referent ist entweder unfähig, das Gebiet richtig anzugeben, oder der Mann hat es bedacht, dann wäre es eine verbrecherische Handlung. Minister Remmele wiederholte die Worte „Verbrechen“ und „unfähig“ vor sich hin, als Abg. Schmidt bei seinen Versicherungen diebeil, meint Remmele „Hui Teufel“ sagen zu müssen.“

Dieser Art von Berichterstattung haben wir nichts beifügen.

Einberufung der evang. Landesynode. Die Kirchenregierung der evang. Landesynode hat beschlossen, die Landesynode auf den 18. März zur Beschlußfassung über den Vorschlag einzuberufen. Der Gesundheitsrat wird zur Vorbereitung am 16. März zusammentreten.



# Die Gruben-Katastrophe vor dem Reichstag

Berlin, 19. Februar.

Eröffnung der Sitzung 11 Uhr. Der Reichstag genehmigte zunächst in dritter Beratung endgültig den am 10. Februar d. J. unterzeichneten Vertrag zwischen Deutschland und Spanien und die Ausführungen des Kommissionsberichts über das Mineralgebiet.

Zur Beratung kommen dann Interpellationen über die Katastrophe der Grubenkatastrophe bei Dortmund, die von den verschiedenen Parteien eingebracht worden sind.

Abg. Schwab (Komm.) begründet eine Interpellation der Kommunisten, in der die letzte Grubenkatastrophe als ein neues Zeichen für die grenzenlose Unsicherheit in den Grubenbetrieben bezeichnet wird. Diese Unsicherheiten werden noch verschärft durch die rückwärtsgehende Art der Grubenkapitalisten, die die Kontrolle der Betriebssicherheit in den Gruben durch die Betriebsräte übertragen müßte mehr gefordert werden.

Abg. Jambusch (Zent.) schildert die Verhältnisse der Grube und die Einrichtungen der Unfallstätte. Wäre das Unglück auf der Grube erfolgt, so würde es die doppelte Zahl der Opfer gefordert haben. Im Gegensatz zu den Ausführungen des kommunistischen Vorschlags betont der Redner, die Zerschlagung der Grube der Untersuchung der Ursachen des Unglücks durch die Kommunisten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Zentrumsinterpellation richtet an die Reichsregierung die Frage, was sie tun gedenke, um die erste Not der schwer heimgesuchten Bergleute und Hinterbliebenen zu lindern und um in Zukunft die gleichen Gefahren, die solche Unfälle herbeiführen, möglichst zu beseitigen.

Zur Klärung der Bergarbeiter über die Schlagwettergefahren müßte mehr getan werden. Staatssekretär Geis vom Reichsarbeitsministerium drückt zunächst im Namen des erkrankten Reichsarbeitsministers das tiefe Mitleid für die Opfer der Grubenkatastrophe und die Hinterbliebenen sowie den Dank und die Anerkennung für die Tätigkeit der Hilfsmannschaften aus. Die aus öffentlichen und privaten in- und ausländischen Quellen geflossenen Gelder für die Hinterbliebenen der Opfer haben den Betrag von 1 1/2 Millionen Schilling überschritten. Die Beihilfe der Reichsregierung ist in diesem Falle des preussischen Handelsministeriums. In der Überwachung der Sicherheitsvorkehrungen sind die Betriebsräte beteiligt. Die Reichsregierung erklärte sich gerne bereit, um den verletzten Opfern und den Hinterbliebenen alle Hilfe zu leisten. Schon am letzten Freitag ist den Hinterbliebenen das Sterbegeld und am Samstag die Hinterbliebenenrente ausbezahlt worden. Die Beerdigungskosten hat die Stadt Dortmund übernommen. Die Regierung werde alles tun, um einer Wiederholung ähnlicher Katastrophen vorzubeugen.

Ministerialrat Dausfeld vom preussischen Handelsministerium gibt dem tiefen Beileid der preussischen Staatsregierung Ausdruck. Der Redner war selbst am Unglücksort und gibt eine eingehende Schilderung der örtlichen Verhältnisse. Die Weiterentwicklung der Katastrophe, auch die Verletzungssituationen, sind nicht mehr als getragenes Mittel zur Bekämpfung von Schlagwettergefahren anzusehen. Die Verwaltung der Unfallstätte war eine der ersten, die gerade jetzt dabei war, das moderne Steinbauverfahren einzuführen. Ein endgültiges Urteil über die Ursachen der Explosion läßt sich jetzt noch nicht abgeben. Die Kommission der Untersuchungsausschüsse genäuherte Vermutungen darüber haben sich nicht bestätigt.

In der Besprechung der Interpellation nimmt als erster Redner das Wort der Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes Abg. Schumann (Soz.). Er begründet einen Antrag auf Berechtigung von Mitteln für Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung von Unfällen im Bergbau. Große Katastrophen wie die letzten letzten die öffentliche Aufmerksamkeit auf die große Gefahr des Bergmannsberufs. Dabei wird aber zu wenig darauf geachtet, die als einzelne Verursacher. In dem Bergbau gibt es nämlich zwei Tote und 250 Verletzte (Hört, Hört!) Im Ruhrbergbau ist die Zahl sogar noch höher. Das Unfallversicherungssystem, das auch auf der Zeche „Minister Stein“ besteht, war auch die letzte Ursache der jüngsten Katastrophe.

Abg. Winnefeld (Dp.) verliest eine gemeinsame Erklärung der beiden Reichsparteien, der bayerischen Volkspartei und der wirtschaftlichen Vereinigung, in der den Opfern der Katastrophe und den Hinterbliebenen die Anteilnahme der Parteien ausgesprochen wird. Die Erklärung lehnt es ab, vor der genauen Ermittlung der letzten Ursachen der Katastrophe, ein Urteil darüber zu fällen und Schlüsse daraus zu ziehen. Wollen die Verantwortlichen die Sicherheit der Gruben durch die Untersuchungsausschüsse und die Betriebsvertretungen in der nächsten Woche dazu herauszuziehen.

Abg. Biegler (Dem.) ist der Meinung, daß alle jähren Sicherheitsvorschriften keinen Schutz gegen Grubenkatastrophen gewähren, solange die Not und Arbeitsverhältnisse auf der Zeche es den Bergleuten unmöglich machen, alle diese Vorschriften zu beachten. Gerade die Unglückszeche „Minister Stein“ sei als Antreiberzeche bekannt. Sie habe im Dezember 1924 die Förderung auf das 1 1/2fache der Vorleistungszeit erhöht. Das zu starke Beladen der Stollenwegen habe die Kostensteigerung gesteigert. Das jetzige Gedinge- und Prämienystem steigere weiter die Unfallgefahr.

Damit schließt die Aussprache. Nach Schlussworten der Abgg. Schüll (R.) und Jambusch (Z.) wird der sozialdemokratische Antrag dem Haushaltsausschuß übergeben.

Es folgen Berichte des Geschäftsordnungsausschusses. Die vom Ausschuss befürwortete Genehmigung zur Zeugniserhebung der Abgg. Dittmann, Fehrenbach, Giesbert, Schiedemann, Wallraf, David, Müller-Krause und Weis im Notstandsprozess, Wogeburg wird ohne Debatte erteilt. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Berg (R.) wird auf Antrag des Geschäftsordnungsausschusses verweigert. Die Einstellung eines Betriebsratsverfahrens gegen den Abg. Wendenmuth (Dp.) wird beschlossen. Der Geschäftsordnungsausschuß beantragt die Abschiebung kommunistischer Anträge auf Einstellung der gerichtlichen Verfolgung und auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Geyer und Pfeiffer, die als Mitglieder der kommunistischen Zentrale wegen Hochverrats verhaftet worden. Der Ausschussberichterstatter Abg. Dr. Nieber (Dp.) schildert ausführlich das Ergebnis der Voruntersuchung gegen die Zentrale der SPD, der vorgeworfen wird, Terrorgruppen eingerichtet zu haben, die mit allen Mitteln wie z. B. mit Waffen und Sprengstoffen gegen die Gegner der Kommunisten vorgehen will. (Zuspruch bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Bell (Z.) gibt für die Reaktionen der deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Zentrumspartei, der bayerischen Volkspartei und der wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab. Die beiden Abgg. Geyer und Pfeiffer würden dem Reichsminister vorgebracht werden, daß die Wahrung ihrer Immunität in freierem Widerspruch stehen würde zu den Geboten der Sicherheit von Staat und Gesellschaft und zur Aufrechterhaltung der rechtlichen Ordnung und zum Schutz des Lebens der Staatsbürger. Darum müßten die genannten Parteien die Anträge auf Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens ablehnen.

Abg. Brobaum (Dem.) erklärt, auch die demokratische Fraktion werde für den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses, also für die Genehmigung von Strafverfolgung stimmen.

Abg. Henning (Dp.) erklärt unter Entlassungsbefreiungen der Kommunisten, daß die Nationalsozialisten dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zustimmen.

Abg. Meitzenberg (Komm.) bekämpft den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses. Es handle sich um einen politischen Lebensprozess zur Vernichtung der kommunistischen Partei. Der Ausschuss habe die unbedingten Behauptungen des Oberreichsanwalts einfach als wahr übernommen, obwohl sich diese Behauptungen nur auf Spitzmaterial stützten. Was Geyer und Pfeiffer als Hochverrat vorgeworfen wird, sei die Abwehrmaßnahme im Herbst 1923 gegen den bewaffneten Aufruf der Reichswehr zum Aufbruch gegen die legale Landesregierung. Soeben und Thüringens gemeinsam mit den Sozialdemokraten unternommen wurde.

Abg. Dittmann (Soz.) lehnt es ab, auf die Angriffe des Vorredners zu antworten, dessen Ausführungen wie die Deklaration eines Angeklagten gegen die Wahrheit hätten. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokraten lehnten die verbrecherischen Kampfmethoden ab, die die Vorlagebehörde der Zentrale der SPD unterstellt. Die Sozialdemokratie verurteilt Terror und Gewaltanwendung. Nur gilt das Menschenrecht als heilig. Die Methoden des politischen Mordes und der Fälschung werden zunächst von den extremen Parteien der Rechten in die Politik eingeführt. Die Kommunisten befehlen keine Partei so fanatisch wie die Sozialdemokraten. Dennoch müßten wir im Interesse der Gerechtigkeit gegen den Antrag des Geschäftsordnungsausschusses und für die Wahrung der Immunität der Abgg. Geyer und Pfeiffer stimmen.

Die Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens und Haftentlassung der beiden totum. Abgeordneten werden unter dem Lärm der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Am 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Denkschrift über die Auktordichte.

## Streit in den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau

In den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Berlin-Wittenau haben 1200 Arbeiter im Streit. Die Firma sucht im ganzen Deutschland Streikbrecher anzuwerben, insbesondere durch Zeitungsinserte und mit Hilfe nationaler Verbände. Zugang nach Wittenau ist jedoch unter allen Umständen fernzuhalten.

## Zusammenstoß der Arbeitnehmer-Organisationen im Bergbau

Zu den Versöhnungsverhandlungen zwischen dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bergarbeiter und dem Reichsverband der Bergbauarbeiter haben die Mütter mit, daß die Unterhandlungen eine derartige Annäherung der beiderseitigen Standpunkte ergeben habe, daß nunmehr eine aus den Vorständen beider Organisationen gebildete Kommission zusammenzutreten wird, um die noch bestehenden Differenzpunkte aus dem Wege zu räumen.

## Kleine badische Chronik

Leinweberent. Man schreibt uns: Erfreulicherweise hat unsere Gemeindevorstand Ende letzten und Anfang d. J. nachgeholt, was leider viele Jahre veräußert wurde. Sie hat zum Teil die Ortströme mit Obstbäumen bepflanzt, die einmal, wenn sie soweit sind, unserem nicht unheimlich angelegten Ort durch Blüthenföhne ein reizendes Aussehen geben. Gleichzeitig wird auch der einmal zu erwartende Opfertrag der Allgemeinheit zu gut kommen. Wer nun glaubt, daß diese gut gemeinte Verbesserung Gemeinut der gesamten Einwohnerschaft ist, befindet sich in einem ganz gewaltigen Irrtum. Nachdem nämlich gepflanzte Bäume an der Hauptstraße abgehauen wurden und sonst allerhand Unfug an anderen Getrieben war, sah sich das Bürgermeisterrat veranlaßt, eine Belohnung von 50 M für denjenigen auszugeben, der die Täter so namhaft machen kann, daß diese strafrechtlich verfolgt werden können. Es glückte einem Bürger, 3 solcher Gelder namhaft zu machen, denen in Form eines Strafzettels zu Gemüte geführt wurde, daß junge Bäume nicht dazu da sind, solchen einen Halt zu bieten, die über die Polizeistunde hinaus des Guten in übermäßigem Maße zu viel tun. Kaum daß diese Strafbefehle ausgesprochen sind, muß zum Leidwesen jedes antändig denkwürdigen Menschen festgestellt werden, daß niedrig gekrümmten Menschen wiederum ein Raum zum Opfer gefallen ist und zwar in der Nacht vom letzten Sonntag auf Sonntag. Bis es denn gar kein Mittel, sich behauptend hier gekrümmten Menschen einmal gründlich das Handwerk zu legen? Aber man braucht sich nicht wundern, wird doch bald mehrere und erärmliche Genugung scheinbar noch gefühlt, denn sonst hätte es nicht vorzukommen dürfen, daß ein Gemeinderat dem Bürger, der die drei unheimlichen Strafen dieses Richter an das Bezirksamt einzureichen, daß die Polizeistunde nicht strengstens eingehalten wird, denn gerade um und nach Witternart treiben diese auf niedriger Stufe lebenden „Kulturmenschen“ ihr vandalistisches, unheimliches Handwerk. Aber auch die Ortspolizei mit dem Feldhüter dürfen in bestimmten Nächten und Zeiten besonders darauf achten, daß solchen, aller Kultur baren, erbärmlichen Geschöpfen in ihrer sinnlosen Zerstörungswut nicht noch weitere Bäume zum Opfer fallen.

Wohlfahrt. Die ledige Anna Seeger geriet mit dem hier wohnhaften Händler Ludwig Dörner in Streit, in dessen Verlauf Dörner die Seeger auf der Straße auf den Boden warf und sie dabei durch einen Stich in den Rücken verletzete. Sie wurde in das Krankenhaus verbracht, ist aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Mannheim. Von einem tragischen Familienstreit wird folgendes berichtet: Ein Schloßherrscholar sag, was schon öfter geschehen sein soll, wieder einmal in Streit. Im Laufe der Zeitlichkeiten gelangen beide zur Erkenntnis, daß ein jeder des Leben nicht lebenswert sei und sie beschloßen, im nächsten Leben zu suchen. Friedlich wanderten sie beide an den jetzt ruhenden Strom in der Nähe der Friedhofsbrücke. Als der Schloßherr jedoch die bahnhofsähnliche Flut erblickte, erschauerte er. Er bereute sein Vorhaben. Nicht so sein Ehegatte. Mit trübsamer Miene wußte ihm die Frau die Überführung hinab in den Fluß an und springt ihm nach. Dem Manne dämmerte, daß eine unglückliche Ehe immerhin besser sei, als kaltes Wasser, und was tut er? Er reißt seine Frau und sich selbst ans Ufer. Die Frau hatte nicht überlebt, das gefährliche Spiel von neuem zu beginnen, doch da war schon unsere treuliche Polizei zur Stelle und verhinderte weitere Sprünge in den Neckar. Der Borsial hatte natürlich einen größeren Menschenauflauf hervorgerufen.

Mannheim. In der Papierfabrik Bayers Waldhof hat sich ein tödlicher Unfall ereignet. Verschiedene Arbeiter waren damit beschäftigt, Papier auf eine Maschine aufzuführen, als ein Holz der Arbeiter Jakob Chron erlahmte und seinen Kopf zwischen die Walzen presste. Der 23jährige Arbeiter wurde auf der Stelle getötet.

## Milchlieferung nach der Schwarzenbachsthalperre

Das ungeheure Ausmaß der Arbeiten im Schwarzenbachsthal, eines Seitentales der oberen Ruhr zwischen Forbach und Neumünster, die Anlage eines riesigen Wasserfallbeckens oberhalb des Murgroßwehres, hat die Heranziehung weiterer Arbeitskräfte erforderlich gemacht. Tausende weiterer Arbeiter und technischer Hilfskräfte sollen weiter eingestellt werden, um die Arbeiten möglichst rasch ihrer Vollendung entgegenzuführen. Die Konzentration solch ungeheurer großer Masse Arbeiter rückt vor allem die einwandfreie Verpflegung in den Vordergrund, und man hat nunmehr weitere Vorarbeiten und Kantinen errichten müssen. Die Erfahrungen, die bisher gemacht wurden, zeigen, daß die räumliche Ausdehnung sowie die Art der Verpflegung nicht ausreichend und vor allem nicht zweckmäßig war. Die neue Verpflegungshalle, die ganz modern und auch nach hygienischen Gesichtspunkten erbaut wurde, wird erstmals die Gelegenheit, von der bisherigen Verpflegung, nur — oder fast nur alkoholische Getränke zu trinken, abzuweichen und etwas Nützliches zu bieten. Die Verhandlungen über Lieferung von Fleisch, Milch und Molkeerzeugnissen sind zum Abschluß gelangt und es ist zu hoffen, daß die insbesondere für den schwer arbeitenden Menschen so notwendigen Milchergänzungen in erster Qualität und zu erheblich billigerem Preis — als das bisher versucht wurde — abgegeben werden können. Die Milchzentrale in Baden-Baden hat diese Lieferung übernommen und es kann hier gesagt werden, unter größten Entgegenkommen in Bezug auf Qualität und Preis. Wiederrum den Beweis für die Notwendigkeit der Molkeerei, die an Leistungsfähigkeit auch vor den größten Händleryereinigungen bei weitem nicht erreicht werden. Die Arbeiterschaft begrüßt aufs lebhafteste diese im Angriff genommene Verpflegung ihrer Arbeitsbrüder im Schwarzenbachsthal und hofft, daß die schwere Arbeitsleistung, die dort verlangt wird, durch Abgabe hochwertiger Nahrungsmittel auch möglich gemacht wird. Am Neujahr, d. h. in nächster Zeit, wird die Verpflegung mittelfristig regelmäßig verkehrenden Autos übernommen, so daß die Gemäße für frische Milch und Molkeerzeugnisse jederzeit geboten ist.

## Aus der Partei Hausbesitzer-Genossen!

In Deutschland bestehen seit geraumer Zeit Hausbesitzervereine, die die wirtschaftlichen Interessen der Hausbesitzer zu vertreten vorgehen. In Wirklichkeit haben sich diese Haus- und Grundbesitzervereine mehr und mehr zu Anhängeln aller realistischen Parteien entwickelt und sind ihre höchsten Stützen. Bei jeder Wahl fordern die Hausbesitzervereine auf, gegen die Arbeiterpartei und für die Nationalen, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zu stimmen. Bei jeder Wahl reihen sie die Arbeiterpartei mit den schosstischen Mitteln herunter. Nun wissen wir aber, daß diesen Hausbesitzervereinen Tausende, ja sogar Zehntausende kleiner Hausbesitzer angehören, die ihrer wirtschaftlichen Lage nach der Arbeiterpartei zugewandt sind oder die gar der sozialdemokratischen Partei angehören. Arbeiter-Hausbesitzer! Kommt ihr es mit euren Gleichgesinnten vereinbaren, daß ihr solchen Vereinen angedeutet, daß ihr eure Beiträge hinnerkt, die dann dazu dienen, euch selbst zu küssen? Wie glauben, es ist nur mangelnde Entschlußkraft, wenn ihr bisher diesen Hausbesitzervereinen den Rücken nicht gekehrt habt. Macht euch endlich dazu auf, wenn euch die hundertprozentigen Hausbesitzervereine auch Aufwertung oder hundertprozentige Miete versprechen und wenn dieses Versprechen auch Erfolg haben sollte, so steht das in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die von ihnen propagierten und gewählten Abgeordneten in Reichstage durch reaktionäre Gesetze antizipieren. Die meisten in Reichstage durch reaktionäre Gesetze antizipieren. Die meisten in Reichstage durch reaktionäre Gesetze antizipieren.

In Altona ist ein Freier Hausbesitzerverband gegründet worden, der schon fast Anfang zu seinem Aufstiege gelang. Macht euch auf und merdet Mitglieder bei dem Freien Hausbesitzerverband. Der Beitrag beträgt monatlich 50 Pfennig, wofür noch die Zeitung der „Freie Hausbesitzer“ unentgeltlich geliefert wird. Gründet überall Ortsvereine und sendet eure Adresse an: Max Pfeiffer, Altona i. Thür., Reifeisstraße 14.

## Gemeindepolitik

Mannheim. Nach den Feststellungen der Direktion des Schlicht- u. Viehhofes in der Längliche Fleischverkauf in Gramm in Mannheim auf den Kopf der Bevölkerung in den einzelnen Monaten der Jahre 1913, 1922 und 1924 wie folgt: Januar 1913 172, Februar 158, März 154, April 172, Mai 154, Juni 154, Juli 168, August 142, September 177, Oktober 175, November 158, Dezember 185. — Januar 1923 81, Februar 70, März 71, April 68, Mai 74, Juni 61, Juli 71, August 51, September 68, Oktober 66, November 67, Dezember 88. — Januar 1924 80, Februar 82, März 97, April 76, Mai 81, Juni 97, Juli 123, August 104, September 117, Oktober 138, November 121, Dezember 135.

Mannheim. Nach Mitteilung des Stadt. Nachrichtenamts wurden von der städt. Schulärztliche im Monat Januar in den Volksschulen, Fortbildung- und Kleinfinderschulen 2405 Knaben und 2191 Mädchen unterjüngl. 480 Knaben und 610 Mädchen wurden in der Elternsprechstunde vorgeführt und ärztlich untersucht. Unter diesen Kindern fanden sich 125 behandlungsbedürftige Knaben und 137 behandlungsbedürftige Mädchen. Von der Notwendigkeit, diese Kinder in ärztliche Behandlung zu geben, wurden die Eltern unterrichtet. Zwecks unentgeltlicher Zahnbehandlung wurden 136 Zahnärztl. Verbänden der städt. Langenfürstengasse, 6 Kinder der archaischen Sprechstunde überwiegen werden. Die Familienfürsorge wurde 75 mal in Anspruch genommen. In Spezialärztlicher Untersuchung wurden 39 Kinder gebracht. Ärztliche Untersuchungen vor Eintritt von Scholungskuren und nach Rückkehr fanden bei 140 Knaben und 173 Mädchen statt.

## Gewerkschaftliches

Der Buchdrucker tarif angenommen. In der von dem Verbande deutscher Buchdrucker vorgenommenen 12. a. b. i. m. u. n. g. über den neuen Manteltarif für das Buchdruckgewerbe wurden für die Annahme des Tarifes 22 156 Stimmen, für die Ablehnung 24 410 Stimmen abgegeben. Der bereits am 31. Januar provisorisch in Kraft getretene Tarif ist nun von beiden Seiten angenommen worden.



# Unterhaltung und Belehrung

## Kaspar Hauser

Nach gedruckten und schriftlichen Quellen dargestellt  
von Georg Gärtner  
(Fortsetzung)

Zuletzt zog ihm der Mann die Kleider an, mit denen er in Nürnberg erschienen war. Schmerzhaft für ihn war das Ansehen der Stiefel. Dann ging es wieder vorwärts. Als sie in die Nähe des Stadttors kamen, übergab ihm der Mann den Brief mit der Mitteilung, diesen in das „große Dorf“ hineinzutragen, ihn dort einem Buben zu zeigen und zu übergeben, der würde ihn dann weiterführen.

Über den Weg, den der Mann mit ihm genommen, ob die Reise zu Fuß oder zu Wagen oder abwechselnd auf beide Arten erfolgt war, wußte er nichts zu sagen. Als sicher ist wohl anzunehmen, daß der Mann, der Hauser nach Nürnberg brachte, mit der Stadt und ihren Verhältnissen sehr vertraut war. Man nahm als wahrscheinlich an, daß er früher hier als Soldat gedient hatte.

Diese Darstellung war der hauptsächlichste Inhalt des Aufrufs, den am 7. Juli 1828 Bürgermeister Binder an die Öffentlichkeit erließ zu dem Zweck, Aufschluß über die Herkunft des Findlings zu erlangen. Er ließ auch die beiden Schreiben, die Hauser nach Nürnberg gebracht hatte, in Passivität vervielfältigen und verbreiten in der Hoffnung, dadurch auf eine Spur zu kommen.

Jetzt bereitete sich auch völliger Umsturz in der Behandlungswelt des armen Kindes vor. Der Appellationsgerichtspräsident Anselm von Feuerbach in Ansbach, einer der angesehensten Kriminalisten seiner Zeit, hatte eines Tages unter den „neuesten Neuigkeiten“ von diesem Findling erzählt hören. Lediglich als Privatmann, aus menschlichem und wissenschaftlichem Interesse, begab er sich am 11. Juli 1828 nach Nürnberg, um diese in ihrer Art einzige Erscheinung zu beobachten. Er fand Hauser noch so, wie wir ihn aus den vorigen Schilderungen kennen gelernt haben. Seine Sprache war noch so düstlich wie sein Vorrat an Worten. Es war sehr schwer, sich ihm verständlich zu machen. Feuerbach suchte ihn durch mancherlei Fragen zur Erzählung seines Schicksals anzuregen, aber alles, was er aus ihm herausbringen konnte, war „ein so verworrenes, laubwelsches und unbestimmtes Zeug, daß der Hörschende das meiste nur erraten, vieles gar nicht verstehen konnte. Er war über die bisherige verständnislose und ungeeignete Behandlungsweise des armen Kindes sehr entrüstet und gab an geeigneter Stelle seine Ueberzeugung kund, daß Kaspar, den er schon fast überzeugt vorand, entweder an einem Nervenfieber sterben oder dem Wahnsinn oder Blödsinn verfallen müsse, wenn seine Lage nicht bald geändert werde. Seine Beforgnisse schienen schon nach einigen Tagen in Erfüllung gehen zu wollen. Hauser wurde krank. Auf ein Gutachten des angesehnen Arztes Dr. Osterhausen wurde er aus seinem Turmflügel in Luginsland herausgenommen und dem Gymnasialprofessor Dr. Daumer, der auf der Insel Schütt wohnte, zur Erziehung übergeben. Der Magistrat adoptierte den Findling als das „Kind der Stadt Nürnberg“ und bestellte ihm den Freiherrn von Tucher zum Vormund. Am 19. Juli machte der Stadtmagistrat dies öffentlich bekannt mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß der Erzieher angewiesen sei, Besucher bei Hauser nicht mehr zuzulassen.

Daumer war ein junger Gelehrter, der sich in seinen Mußestunden auch mit mystischen Problemen abgab und Hauser zu allerlei Experimenten benutzte. Er lehrte ihn zunächst ordnungsgemäß Lesen und Schreiben. Für die leiblichen Bedürfnisse des Findlings sorgten Daumers Mutter und Schwester, die mit dem unverheirateten Gelehrten zusammenlebten. Namentlich die Mutter nahm sich Kaspars mit liebevoller Sorgfalt an, er sah sie auch eine große Zuneigung zu ihr und gewöhnte sich bald daran, sie nur „Mutter“ zu nennen.

Als Daumer die Erziehung seines Pfleglings in Angriff nahm, hatte dieser immer noch das Wissen eines zwei- oder dreijährigen Kindes. Der Lehrer fand ihn außerordentlich witzbegierig und gelehrig, die Schärfe seiner Sinne und namentlich seines Gedächtnisses sehr bedeutend. Hauser machte daher im Unterricht gute Fortschritte, so daß seine Seele immer mehr zum Bewußtsein erwachte.

Hauser wurde auch zum Besuch des Gottesdienstes angehalten; aber in den Kirchen war es ihm nicht wohl zumute. Schon der Anblick eines Pfarrers war ihm unheimlich. Die Kreuzigte verurteilten ihm ein entsetzliches Schaudern. Das Singen der Kirchengemeinde kam ihm als ein widerliches Schreien vor. Als er einmal aus der Kirche kam, sagte er: „Zuerst schreien die Leute, und wenn sie aufhören, fängt der Pfarrer zu schreien an.“ Dies war sein Eindruck von dem feierlichen Choralgesang und von der Predigt des Geistlichen.

Man ging nun auch daran, ihn zum Uebergang zur gewöhnlichen menschlichen Kost zu bewegen. In den ersten Wochen seines Aufenthalts bei dem Professor Daumer war seine Nahrung immer noch lediglich Brot und Wasser. Nur mit großer Mühe und Vorsicht konnte man ihn nach und nach an andere Speisen gewöhnen. Mit Wasserjuppe wurde der Anfang gemacht, die er zuerst fast, dann nach und nach immer lauer genoss, bis er schließlich warm vertragen konnte. Später kamen Schokolade und Milch an die Reihe. Am längsten dauerte es, bis er sich an Fleischspeisen gewöhnt und seinen Stuhl vor ihnen überwinden hatte. Aber ein halbes Jahr war erforderlich, bis er den ersten ganzen Bissen Fleisch vertrugen konnte.

Im Turmzimmer des Luginsland hatte Kaspars Lagerstätte bloß aus einem Strohlad bestanden. In Daumers Wohnung bekam er zum erstenmal ein ordentliches Bett. Diese Veränderung gefiel ihm außerordentlich. Jetzt erst hatte er Träume, die er zuerst nicht als solche erkannte, sondern als wirkliche Geschehnisse aufsaßte, bis es gelungen war, ihm die wirklichen Zusammenhänge

legentlich zu machen. Am 15. August 1828 hatte er einen seltsamen Traum, den er seinem Lehrer erzählte. Diesem kam die Traumgeschichte so wunderbar und bezeichnend vor, daß er Kaspar veranlaßte, sie sofort niederzuschreiben, so gut es eben gehen wollte. Eine zweite, ausführlichere Niederschrift ließ ihn später Anselm von Feuerbach in Ansbach anfertigen. Hauser träumte folgendes:

„Ich war in einem großen, sehr großen Hause. Da schlief ich in einem sehr kleinen Bette. Als ich aufstand, kleidete mich ein Frauenzimmer an. Dann führte sie mich in ein anderes großes Zimmer, in dem ich eine sehr schöne Kommode, Sessel und ein Sofa sah. Von da führte sie mich in ein anderes großes Zimmer, worin Kaffeetassen, Schüsseln und Teller waren, die wie Silber aussehendes. Von diesem Zimmer aus führte sie mich in ein größeres Zimmer, in dem sehr viele und schön gebundene Bücher standen. Von diesem Zimmer aus führte sie mich einen langen Gang vor und über eine Treppe hinab. Nachdem wir die Treppe hinuntergegangen waren, gingen wir im Innern des Gebäudes einen Gang herum, an dessen Wand Bildnisse hingen. Aus dem Bogen dieses Ganges konnte man in den Hof hinaussehen. Ehe wir den Gang ganz umgangen hätten, führte sie mich zu einem mitten im Hof stehenden Springbrunnen, an dem ich eine sehr große Freude hatte. Von da führte sie mich wieder zu demselben Bogen, durch den wir zu dem Springbrunnen hinausgegangen waren, und dann führten wir auf demselben Weg zurück bis zur Treppe. Als wir zur Treppe kamen, sah ich ein Bildnis stehen, das in Ritterkleidung ausgeschnitten oder ausgehauen war. Das Bildnis hatte auch ein Schwert in der bloßen linken Hand. Oben am Handgriff war ein Löwenkopf. Dieser Ritter stand auf einer vierseitigen Säule, die mit der Treppe verbunden war. Nachdem ich den Ritter eine zeitlang angesehen hatte, führte mich das Frauenzimmer die Treppe hinauf, den langen Gang vor, und wollte mit mir zu einer Türe hineingehen. Diese war aber verschlossen. Sie klopfte an, allein man machte nicht auf. Darauf ging sie mit mir schnell zu einer anderen Türe, und während sie diese öffnen wollte, erwachte ich.“

Das hier so anschaulich geschilderte Haus ist wie Feuerbach bemerkt, ein Schloß, ein Palast. In der Reihe der Zimmer, die Kaspar beschreibt, ist besonders das Bibliothekzimmer und das mit den Silbergeschäften bemerkenswert, wofür letzteres entweder eine Speisekammer oder ein fürstliches Spielzimmer sei. Als Kaspar dieses träumte, hatte er nirgendwo in Nürnberg ähnliches zu sehen Gelegenheit gehabt. Feuerbach nimmt daher an, daß das Schloß mit diesen Zimmern irgendwo existieren müsse und daß es sich bei diesem Traum um das Wiedererwachen von Kindheitserinnerungen handelte. Später, als man ihn mit anderen Vorgängen in Zusammenhang brachte, wurde ihm noch größere Bedeutung beigelegt. Der Traum spielte in den Forschungen nach Kaspar Hausers Herkunft eine hervorragende Rolle. Er stimmte auch mit gewissen Schlussfolgerungen überein, die man aus den bisherigen Beobachtungen Hausers gezogen hatte. In dem ihm mehrfach angeführten Gutachten des Arztes Dr. Osterhausen wird ausgesprochen: Hauser lebte in der ersten Zeit seiner Kindheit zweifellos unter Menschen, und genoss sogar eine Erziehung. Er konnte schon eine Sprache sprechen. Als er eingetretet wurde, war er wahrscheinlich ein Kind von drei bis vier Jahren. Sein Kerker muß, wie die Tagesblindheit, an der er litt, vermuten läßt, dunkel gewesen sein und lag wahrscheinlich unter der Erde. Da er bei seinem Erscheinen 16 bis 17 Jahre alt war, befand er sich mindestens über 12 Jahre an diesem düstern Aufenthaltsort. Er sah kein menschliches Wesen, hörte keine menschliche Stimme, wurde durchaus sich selbst überlassen. In diesem Zustande mußte er die Sprache wieder vergessen und mußte die wenigen Begriffe und Vorstellungen, die er sich erworben hatte, wieder erlösen. Er trat wieder in den Zustand seiner ersten Kindheit zurück.“

(Fortsetzung folgt.)

## Kind der Erde

Ein Großstadtkind von Felix Heckenbach

Ein weiter Blick in der Mittagsstunde breitet seine Fläche in den kühlen Abend. Er ist nur spärlich erleuchtet. Einzelne Passanten hasten vorbei.

Ein ganz kleiner Herr, die schwarze Altemappe unter dem Arm, frecht einem hell erleuchteten Restaurant zu. Richtig ist sich aus einer Ecke eine Ecke Kinder. Fünf oder sechs. Sie umschweben den Mann mit der Altemappe, strecken ihre Händchen aus und winseln in leidlichem Ton: „Bitte haben Sie nichts Gemächliches?“

„Der Vater ist arbeitslos, die Mutter krank. Bitte geben Sie mir etwas.“

Der Mann greift in die Westentasche und gibt den ersten zwei ein kleines Geldstück. Dann will er weitergehen.

Die übrigen Kinder rennen ihm nach. Sie verfolgen ihn unerschrocken mit ihren Bitten und dabei sehen sie mit einem Bienenwiesel zu ihm auf, dem man anmerkt, daß er angeleert ist. Die Kleinen klammern sie sich an den Mann, bis er jedem Kind etwas gibt.

Die Kinder laufen wieder in ihre dunkle Ecke zurück und ver gleichen ihre kleinen Gaben miteinander. Dann vorziehen sie — Knaben und Mädchen — in ihren fabelhaften Kleidern und Mitteln auf den nächsten gutgekleideten Passanten.

Das Bild von hinten wiederholt sich. Wie ein Rudel hungeriger Wölfe jagen sich die Kleinen auf die Dame und bringen ihre auswendig gelernten Klagen und Bitten vor.

Die Dame erweist in ihr Lächeln und fragt ein achtjähriges Mädchen nach ihrem Namen. Diese Frage wirkt wie ein Raubwort und im Ru ist der ganze Kinderdickdick verschwunden. Man fragt nach dem Namen! Man will wohl gar die Wohnung wissen? Das kann unangenehm werden. Die Eltern haben Antworten auf solche Fragen ausdrücklich verboten. Lieber auf einen Groschen verzichten, damit nur nicht die Polizei ins Haus kommt.

Und die Kinder stehen wieder in ihrer Ecke und lauern auf den nächsten gutgekleideten Passanten. . .

Warum ich das erzähle? Es ist ein alltägliches Bild. Ihr habt es alle schon gesehen. Das Kind spürt keine Kinder auf die Straße und treibt sie zu erntedrigem Bettel. Was fragt ihr lange? Was fragt ihr lange?

Die Not gebietet Hunger und Verzweiflung in Massen. Im wenn das graue Gespenst monatelang die Tür umlagert, dann wird zuweilen nicht mehr gefragt, wie man vertritt, mit welchen Mitteln; nur daß man verzagt, darum handelt sich doch. So werden die Kinder zum Bettel erzogen. Und was zuerst — vielleicht erst nach Ueberwindung schwerer Gemüthungen — aus Not gefaßt, wird durch Gewohnheit und fortdauerndes Elend zum Handwerk. Für die Kinder wird damit in vielen Fällen der erste Stein zur Gefängnismauer herbeigetragen, hinter die sie später einmal kommen. Auf diesem Boden des Elends wächst das Verbrechen heran.

Und dann liegt man in der bürgerlichen Presse entsetzte Namenartikel über das Steigen der Kriminalität der Jugendlichen. Und der bonnette Bürger geht an seinen Klassenfeind und prüft die Sicherheit des Verfalls. Befriedigt ist er sich wieder an seinen Tisch zum reichlich gedeckten Mittagstisch. Wir haben ja eine gute Polizei, Gefängnisse und Zuchthäuser, denkt er beruhigt.

Mit Polizei und Gefängnis wird gegen das soziale Elend gekämpft!

Der „mildebenden“ rheinischen Scherenschnitt weist die Reichsregierung ungefehligerweise 700 Millionen Goldmark in den Nacken.

Kein Wunder, daß nichts mehr bleibt, das Elend der Großstadt zu lindern.

## Theater und Musik

VI. Sinfonie-Konzert

Wenn die Vorzugsfolge des letzten Sinfonie-Konzertes zeitlich wohl kurz war, so hat es dennoch große Anknüpfung an die Aufmerksamkeit des Hörers gefloht. Reger — Sellenes — Scriabin in sich das moderne Trio, das auf dem Programm stand. Reger ist Sellenes und dem Russen Scriabin gegenüber klarer. Sein opus 108 „Sinfonischer Prolog“ zu einer Tragödie, das man selten zu hören bekommt, eröffnete den Abend. Reger hätte sicherlich noch diesen kleinen sinfonischen Prolog zu schließen, auch das Zeug zum großen Sinfoniker aufgebracht, wenn seinem Willen nicht zu früh ein Ziel gesetzt worden wäre. Es spricht ein ganz Cocher aus diesem Prolog, der seine Themen vorausgesehen hat, durch die er den Hörer begünstigt, sich in seine Tragödie einzufühlen und an ihr Schicksal zu glauben. Es ist ein Meisterwerk, dessen tatsächlichen Wert erst die Nachwelt richtig einschätzen wird. — Von dem Franzosen Sellenes wurde eine Reihe Miniaturen aus einem Skizzenbuch vorgeführt. Er ist wohl der effektivste Kolorkist unter den Romantizern, der mit einem scharfen Griffel, den Rhythmus festhält und dogmatisch hartnäckig, die einer eigenartigen, manchmal reizvollen Farbenpalette entnommen sind. „Einfachheit“ hat bei ihm den Franzosen verdrängte Musik Scriabin sein opus 54 benannt. Das einzige denn, das wenig aber viel in seiner Partitur sagt, gibt den Schlüssel zu dieser Erfindungserzählung, die uns Deutschen auch nicht das Mindeste vermitteln kann. — Der Raum um weniger zwanzig Schlußsätze will, die in ihrer Monumentalität ein pompöses Bild abgeben.

Generalmusikdirektor Schulz-Dornburg stand am Pult. Er ist ein feinerwörter Ausdeuter, der in dieser Literatur heimisch ist. Ueberzeugend trat er für Scriabin ein, bei Reger hatte er noch nicht genügend Kontakt mit seinen Musikern, für Sellenes hat er die ganze weiche Hand, die subtil die Sellenes berührt, damit nichts davon zerbrechen oder verbogen würde. Schulz-Dornburg fand reichen Beifall.

Landestheater. In der am Sonntag, 22. ds. Ms. Aufführung der Neuinszenierung von Suppés dreitägiger Operette „Boccaccio“ sind die Hauptpartien besetzt mit dem Damen Doby, Heilmann, Bremer-Doffmann, Josef-Jomhoff, Stecher und Boeckh, sowie den Herren Ruffard, Maß, Gande und Löfer. Für den infolge Engagementsangelegenheiten beurlaubten Herrn Wetters wurde für die Rolle des Prinzen Pietro Herr Gustav Hünfeld aus Freiburg verpflichtet. Beginn der Aufführung 7 1/2 Uhr.

## Konzerte und Vorträge

Adolf Busch und Rudolf Serkin lehrten wieder bei uns an und gaben in dem ansehnlichen Sinfoniesaal einen einträglichen Sonatabend, dem das Sinfoniesaal-Orchester sehr gut stand. Ein Abend, zugleich der Abschluß dieser Konzertreihe der Konzertdirektion Artz-Kunze, der über weite Strecken der Reichsmöglichkeit, des verblühten Diskontinuitäts hinwies. Kurz ein Höhepunkt im Musikleben unserer Stadt. Die 5. Sonate von Johann Sebastian Bach eröffnete das Programm, dann hörte man Variationen über ein Lied von Franz Schubert, die 6. Sonate von Ludwig van Beethoven und zum Ueberfluß ein eigenes Werkchen von Adolf Busch, eine Sonate in G-Dur. Sie ist am Gehalt noch febrilester und epigonal; lobenswert ist die technische Ausarbeitung. Aber Fleiß und Willen ergeben noch lange keinen Komponisten eigener Prägung. Die beiden Künstler wurden, wie voransgesehen war, überaus herzlich gefeiert. Auch an einer Zugabe fehlte es nicht.

Das Bach-Konzert in der evangelischen Stadtkirche am Sonntagabend wurde durch einen regen Besuch erfreut. Es leitete also auch nach mitten in der Faschingszeit, in der sich die natürlichen Kräfte nur so überfüllen, Sinn für diese erste Kunst von Johann Sebastian Bach; für eine Kunst, die doch so ganz dem eifigen Schein der Welt und ihrem Wusch und Tand abgemant ist. Ich schaue mich um, gehe den Seitengang vor und zurück, es ist nur vorfindend Augen da, aber das Gotteshaus ist trotzdem gut besucht. Die Chorgänge für die Solo-Violine war wohl das beliebteste Werk. Sie ist zugleich ein Bräutigam für den Bräutigam. Sie ist sehr prägnant und mit gewandter Fingerspitze über Frau Wärlh-Jmhert, die Sängerin, ist nur vorfindend hohes zu sagen, namentlich ihr Ton etwas gaumig gefärbt ist. Sie befehlte sich einer sorgfältigen Textbehandlung und einer ergötten technischen Wiedergabe. Gebührend erlangte die beiden Arien aus den Kantaten. Nun kommt der Seiten Gesang und „Ich hatte viel Bekümmernis“. Dr. Johannes Müller ist ein erstklassiger Organist. Außerordentlich klar und durchsichtig waren seine Bachwerke, das Präludium und die beiden Fugensätze Logisch durchdacht und plastisch aufgebaut war die lineare Struktur dieser Orgelwerke. Er ist im Besitze einer immensen Technik, einer feinen Registerkunst, und vor allem einer Akustik, die jede der Fugeln zu einem kristallinen Aufbau werden läßt. Solchen Künstlern steht man von beneideter sehr dankbar gegenüber; da sie auf leicht entgegenkommende Publikumsverhältnisse völlig verzichten.



# Badischer Landtag

## Die Volkspartei gegen den Innenminister — Vergebliche Hege — Das Schlußgesetz

16. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 19. Febr.

Das Präsidium führt heute wiederum, da Präsident Dr. Baumgarten erkrankt ist, Vizepräsident Maier-Heidelberg. Als erster Gegenstand der Tagesordnung erfolgt die Abstimmung über den in einer der letzten Sitzungen besprochenen Antrag Reichshaus betr. Die Einfuhr von Zigaretten aus dem Ausland und die Förderung der Inlandsindustrie. Der Antrag wird in seinen zwei Teilen abgelehnt, angenommen wird nur der dritte Teil, in dem die Regierung ersucht wird, an die Bezirksämter eine Anweisung zu erlassen, die Inlandsindustrie in der besten Weise zu fördern.

### Volksparteiliche förmliche Anfragen

Nachdem gestern die Reichstagsfraktionen einen kläglichen, jämmerlichen und demagogischen Klapperritt gegen den Innenminister unternommen hatten, folgte heute die Konfrontation von der Deutschen Volkspartei mit gleich zwei Vorläufern gegen den Minister des Innern. Diese Angriffe sind natürlich nur distanziert von der überall im Reiche von der Reaktion injizierten Hege gegen die Sozialdemokratie. Die badischen Volksparteilichen Kleinen Herrn Dr. Weber, Maier und Konforten müssen natürlich zeigen, welche gelehrtigen Schüler ihres großen Lehrmeisters Gustav Stresemann sie sind; damit die Linie im Reiche einheitlich ist, müssen auch sie sich der Hege gegen die verbotene Sozialdemokratie anschließen. Und so gehen sie denn, da sie sich dem Minister nicht bekommen können, nach langem Suchen und Wägen zwei klägliche Anfragen, die sie dem Landtag zum Vorenne vorbringen zu können glauben. Mit zwei förmlichen Anfragen — anders als mit förmlichen Anfragen tut es die nationalliberale Rumpelkammer nicht — gehen sie gegen den Minister des Innern los. Großartig wie die Herrschaften selbst, sind auch die Überlieferungen dieser „Anfragen“.

### Die erste Anfrage trägt den Titel

**Schutz der Rechte und des öffentlichen Ansehens der Beamten**  
Die Anfrage betrifft die Vorformnisse im Karlsruher Bezirksamt, mo im Zeitraum eines Monats die Post für die Besondere zugewiesen worden war, für welches Vorformnis dem Ministerium des Innern der Hausmeister des Bezirksamts und der Vorstand des Bezirksamts, Landrat Schöble, auf dem Disziplinarmasse verantwortlich gemacht und gegen sie eine Untersuchung eingeleitet worden war. Die Volksparteiliche bemerkt nun den Umstand, daß der Herr Landrat Schöble ein Parteifreund von ihnen ist, um ihre Hege gegen den Minister vom Stapel zu lassen. Die „Anfrage“ hält der Vorsitzende der Reaktion hochheilig, Abg. Dr. Weber. Der volksparteiliche Jura wurde hauptsächlich deshalb erregt, weil öffentlich in der „Karlsruher Zeitung“ bekannt gegeben worden war, daß gegen den Hausmeister und gegen den Landrat ein Disziplinerverfahren eingeleitet worden sei. Die öffentliche Bekanntgabe hat, wie Herr Weber behauptet, unter der Beamtenwelt großes Versehen erzeugt. Die ganze Rede des Herrn Weber war nichts anderes als ein Aufschneiden seiner Partei bei der badischen Volkspartei. Die Herren Volksparteiliche, — natürlich von jeder und immer nur in Worten. Herr Abg. Weber brauchte über eine halbe Stunde, um all seine Geschicklichkeiten und Witzigkeiten loszumerden. Ich soll einem Dreck mich der Landtag seine Zeit vertreiben. Sogar die Beamtenverbände wurden mobil gemacht gegen den Minister. Die Volksparteiliche lassen sich ihre Hege also etwas kosten.

### Die Anfrage wird vom

**Minister des Innern, Kemmle,**  
beantwortet, der die volksparteilichen Aufschuldungen und Ueberhebungen auf das richtige Maß zurückführt. Er stellt fest, daß das Verfahren gegen die Beamten des Bezirksamts Karlsruhe zulässig war, aber nicht vorgeschrieben. Der Minister teilte das Untersuchungsergebnis mit, durch das festgestellt wurde, daß auf dem im Abort angebrachten Gasloch kein für die Gefangenen bestimmtes wurde. Der Gasloch wurde nach dem Augenchein wiederholte benutzt worden sein. Der Minister hat sich um Wiederholungen zu vermeiden, an der Durchführung der Untersuchung nicht beteiligt. Wenn der Vorstand des Bezirksamts in eine für ihn peinliche Lage kam, so ist das aus der Sache des Vorformnisses zu erklären. Die Einleitung eines Disziplinarmasses ist nicht an das Ergebnis einer vorhergehenden Untersuchung gebunden, die Einleitung des Verfahrens bedeutet daher keineswegs eine Geringschätzung des Ansehens eines Beamten. Der Minister erklärt, daß er bei solchen Vorformnissen lediglich seine Beamtenapparat selbst wirken läßt, ohne sich einzumischen; seine Bestimmungen seien von jeder gewissen, mit der Beamtenchaft auf einem guten Fuß des Vertrauens zu stehen. Unterstellungen, als ob er sich von persönlichen oder parteipolitischen Rücksichten leiten lasse, weist er entschieden zurück.

Da die Herren Volksparteiliche es wünschen, und sie von einigen Landtagsmitgliedern und Reichstagsmitgliedern Hilfe bekommen, muß die Sache auch noch besprochen werden. — Abg. Maier-Karlsruhe (D.) ist natürlich Feuer und Flamme für Herrn Weber und gibt und Galle gegen den Minister. Mit Herrn Weber ist der politische Mann aufzuziehen, mit dem Minister aber nicht — was er natürlich hätte zu erzählen brauchen, denn das weiß alle Welt zur Genüge.

### Abg. Maier (Soz.)

schließt die Erklärung des Ministers und das vom Ministerium angelegene Verfahren. Man habe die Sache ungebührlich aufgeschoben. Die Herren werden die Erlöse, die sie heimlich schaffen, sicher nicht haben. Die Zeit ist vorbei, wo die ganze Sozialdemokratie nationalliberal ist. Es ist deshalb anmaßend, was Herr Weber sich als Vertreter der Beamtenchaft aufspielt. Was hat Herr Weber gestern getan, als es sich darum handelte, die Autorität der Beamtenchaft zu wahren, als ein Abgeordneter einen Beamten als Verbrecher bezeichnete? Da war der Herr Weber ruhig, er hat es nicht für möglich gehalten, auf die Angriffe gegen die Beamten zu antworten. Wenn früher eine Zeitung eine (weitere) aufdeckte, da hat man den Redakteur wegen Beleidigung angefaßt und ihn bestraft. Heute wird eine solche Sache unterläßt und wird Abhilfe geschaffen. Der Beamte hat keinen Anspruch darauf, Rücksicht zu verlangen. Gegenüber dem Staat erwidert er nichts. Es ist nichts vorzuziehen dabei, wenn gegen einen Beamten ein Disziplinarmasse einleitet wird; viele Beamte beantragen in nach dem... Es ist die Einleitung eines Verfahrens. Auch für den Herrn Schöble kann keine Extramuril gebraten werden. Er hat die dazugehörige Extramuril und angebrachte Besondere erfahren. Herr Weber war von einer mangelhaften Empfindlichkeit, als er seine förmliche Anfrage einbrachte.

Minister des Innern Kemmle wendet sich nochmals gegen den Abg. Weber und stellt einige Bemerkungen desselben richtig.

Abg. Maier hat heute wieder Zensuren ausgeteilt. Es sei aber festzustellen, daß seit der Reichstagswahl im Mai 1924 ein konzentrierter Kampf gegen sozialdemokratische Minister eingeleitet hat, auch in Baden. Das ist nicht vor ungefähr. Im ein Ende dieses systematischen Kampfes handelt es sich auch heute.

Für eine nahezu sechsährige Tätigkeit des Ministers hat Herr Weber alljährlich zwei Fälle zusammengedrückt. — Abg. Schmidt-Bretten (D.) rebete zu allem Ueberflus ein Kommentar zu seiner geistigen Rede; aber es nützt nichts: er hat einen Beamten als einen Verbrecher bezeichnet; und dabei bleibt es. — Abg. Maier-Karlsruhe (D.) läßt sich ebenfalls nochmals aus, worauf Abg. Weber (D.) damit der Vormittag mit diesem Quark vollends totgeschlagen ist, ein langes und breites Schlußwort hält. — Die Angelegenheit des Herrn Schöble ist damit erledigt.

Herr Schöble war der dritte Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei. Nun folgte der zweite Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei, der Oberregierungsrat und Oberleutnant Dr. Bauer, dem die nächste förmliche Anfrage gewidmet ist, deren Titel lautet:

### Einmischung der Presseabteilung der badischen Staatsregierung in die private Angelegenheit eines Reichsbeamten

Der republikanische, d. h. von der Republik Gehalt und Pension bescheidende Beamte Oberregierungsrat Bauer hat bei der Reichsgründungsfeier der schwarz-weiß-roten Reichswehr der die Freude gehalten, welcher Umstand von den Linksblättern feilschend und kritisiert wurde. Die Presseabteilung der badischen Regierung hat den Zeitungsauschnitt mit der Kritik der vorerlebten Behörde des Herrn Bauer, wie sie es nämlich bei Tausenden anderen amtlichen Stellen tut, zugewandt, natürlich ohne jede Bemerkung. Dies ist also nach Herrn Weber, der auch diese Anfrage begründet, die Einmischung in private Angelegenheiten eines Reichsbeamten.

Minister des Innern Kemmle entgegnet, daß die Presseabteilung der Regierung die Aufgabe hat, an die Staats- und Reichsbehörden solche Auschnitte zu übersenden, die für die betreffenden Behörden von Interesse sind. Von irgend einer Kontrolle kann also auch in diesem Falle nicht gesprochen werden, eine Kontrolle über die private oder politische Tätigkeit der Beamten besteht nicht. Es liegt kein Grund vor, der Presseabteilung einen Vorwurf zu machen. Das Reich kann keine solchen Pressstellen aufmachen, die Reichsbehörden benutzen deshalb auch die Presseabteilung der Regierung zu solchen Informationen.

Beinahe wäre auch in dieser weltbewegenden Sache eine Besprechung erfolgt; es wurde dies aber durch das Eingreifen des Präsidenten verhindert. — Abg. Weber ist nicht ganz zufrieden mit der Antwort des Ministers. Die Anfrage ist damit erledigt. Die agitatorische Ausnutzung des volksparteilichen Vorstoßes gegen den Minister dürfte sehr minimal sein.

### Als dritte förmliche Anfrage kommt zur Besprechung

### der Betrieb und die Wassererzeugung der Ruhlebahn für

Die Anfrage wird von Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Zent.) begründet. Es handelt sich bei der Anfrage darum, daß das Kohlenprodukt besichtigte, den Betrieb und die Wassererzeugung der Ruhlebahn für ganz Süddeutschland dem Kohlenkontor Weichenauer u. Co. in Wülheim-Ruhe zu übertragen, und damit der Betrieb gemacht werden, die fälschliche Kohlenverlagerung zu betreiben. Von der Regierung wird verlangt, daß sie bei der Reichsregierung dahin wirke, daß dieses Vorhaben verhindert und die damit verbundene Benachteiligung des freien Handels und der Verbraucher durch die Kohlenkontor Weichenauer u. Co. in Wülheim-Ruhe zu verhindern und die Kohlenkontor Weichenauer u. Co. in Wülheim-Ruhe zu verhindern und die Kohlenkontor Weichenauer u. Co. in Wülheim-Ruhe zu verhindern.

Minister des Innern Kemmle antwortet, daß die vorgebrachten Mittelungen seit Jahren Veranlassung erster Beobachtungen der Regierung sind. Alle Bemerkungen, Wasseranforderungen für Baden zu bekommen, waren vergeblich, weil die Reichsbahn dabei Schaden fürchtete. Der Reichswirtschaftsminister ist bei der Auffassung, daß die Notlage des Bergbaus eine gegenläufige Konkurrenz der Beiden nicht gestatte. Das so genannte Kohlenprodukt ist schmalgeleitet. Die badische Regierung hat gegen die Schaffung eines Handelsmonopols durch das Kohlenkontor beim Reichswirtschaftsminister Bedenken erhoben; jedoch vergeblich. Es ist dringend erforderlich, daß eine Veränderung Platz greift, besonders hinsichtlich der Einfuhr von Kohlen. Wegen der Durchhebung der Forderungen ist die badische Regierung mit jenen von Baden und Württemberg in Verbindung getreten, es findet zurzeit ein gemeinsamer Schritt bei der Reichsregierung statt. — Eine Besprechung der Anfrage findet nicht statt.

Vizepräsident Maier stellt aus dem Stenogramm der gestrigen Sitzung fest, daß Abg. Schmidt-Bretten tatsächlich den Ausdruck Verbrecher gegenüber dem Beamten, der das Verbot des „Süddeutschen Volksblattes“ in Bretten bearbeitet, gebraucht hat. Abg. Schmidt wird für diese Bemerkung, auch für eine Anrede des Ministers, nachträglich zweimal zur Ordnung gerufen. — Um 1 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Weiterberatung um 1/4 Uhr.

### 17. Sitzung

In der Nachmittags-Sitzung werden als letzter Gegenstand der Tagesordnung zwei förmliche Anfragen erledigt, die

### das Schlußgesetz

betreffen. Die eine Anfrage geht vom Zentrum, die andere von den Reichstagsfraktionen aus. In der Anfrage des Zentrums wird der Sorge Ausdruck gegeben, die die Gemeinden und die Interessenten hegen, weil am Schlußgesetz weitergebaut wird, ohne daß die Gemeinden und Interessenten die Möglichkeit hätten, zu den Plänen und dem Unternehmen zur Wahrung ihrer Interessen Stellung zu nehmen. Es wird weiter die Verlängerung der Einpruchsfrist verlangt und wird weiter gefragt, ob und wie der Kurator St. Blasien durch die Anlage von Staubecken beeinträchtigt wird. Die Anfrage der Reichstagsfraktionen bewegt sich in ähnlicher Richtung. Die Anfrage des Zentrums bearbeitet abg. Duffner, die der Reichstagsfraktionen abg. Saubermann. — Die Anfragen werden vom

Finanzminister Dr. Köhler beantwortet. Der Hauptzweck des Schlußgesetzes besteht in der Annullierung des natürlichen Kraftdarlehens an den Kraftwerken. Die Kurde des Kraftdarlehens will man den Sittenbedarf decken, so muß man viele Maßnahmen einstellen, die aber nur wenige Stunden in Betrieb sein können. Der Redner teilt u. a. mit, daß in nächster Zeit Verhandlungen mit der Reichsbahn beginnen werden. Elektrifizierung der badischen Reichsbahnstrecke. Zur Zeit wird durch die Landesregierung des Bodensees die große Verbindung zwischen dem Obersee und dem Untersee geschaffen. Das Schlußgesetz soll in der Lage sein, die Zustüsse über mehrere Jahre auszugleichen. Es soll während des ganzen Sommers die Kraft aufbewahrt werden, um sie im Winter abzugeben. Es soll als Ergänzung und Spatenwert dienen und kann deshalb mit anderen Werken nicht verglichen werden. Der Redner gibt eine Uebersicht technischer Einzelheiten über den Ausbau der verschiedenen Kraftanlagen am Obersee, im Sarrazbad und am Bodensee. Durch die Erstellung des Schlußgesetzes wird der Ausbau des Obersees nicht gefährdet, sondern gefördert. Der badische Ausbau des Rheines zwischen Basel und dem Bodensee gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die eine Regierung haben sollte. In weiteren gab der Minister einen Uebersicht über die Bauabsicht des Schlußgesetzes und über die hantliche Anlage des Werkes. Die Sorge St. Blasien, es könne durch die Anlage des Staubeckens die Rebebildung beeinträchtigt werden, wird gerügt. Die Regierung wird aber den Kurator St. Blasien in weitestem Maße Rechnung tragen. Die übrigen Einprüche gegen das Projekt werden eingehend geprüft.

Das Werk soll gebaut werden, um die Wirtschaftlichkeit der badischen Wasserwirtschaft zu steigern. Zum Schluß schildert der Redner die Vorteile, die das Badenwerk und andere Werke dem Lande bringen. — Die beiden Anfragen werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Die nächste Sitzung wird auf Freitag vormittag 9 Uhr festgesetzt. Schluß 1/6 Uhr.

### Einsetzung und Regelung der Deputatsverhältnisse der Werkstattehrer (Handwerkermäßig vorgebildete Lehrer) an den Fachschulen

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen:

1. die handwerkermäßig vorgebildeten Werkstattehrer an Fachschulen, welche selbständig und vollverantwortlich eine Klasse in ihrem Fach unterrichten, werden wie die Fortbildungsschullehrer in ihren Gehaltsbezügen eingestellt;
2. die Deputatsverhältnisse dieser Werkstattehrer werden wie bei den an Fachschulen unterrichtenden Volksschullehrern geregelt.

### 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag

Der 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924 und 1925 ist gegen den badischen Landtag eingebracht. Sein Inhalt ist auf die verschiedenen Veränderungen in der Beamtenchaft, vor allem auf die am 1. Oktober 1924 erfolgte Aufhebung des Arbeitsministeriums begründet. Für die Weiterführung der Geschäfte dieses Ministeriums wurden von dem genannten Zeitpunkt an beim Ministerium des Innern, beim Finanzministerium und bei der Wasser- und Straßenbaudirektion verschiedene Beamtenstellen notwendig, die in diesem Nachtrag berücksichtigt werden mußten, ebenso die Stellen einsparungen. Nach dem Hauptvoranschlag betrug die Zahl der planmäßigen Stellen für das Arbeitsministerium 46 Stellen. Von diesen Stellen gingen an das Innenministerium 2, an die Unterrichtsverwaltung 1, an den Wasser- und Straßenbau 2 und an das Finanzministerium ebenfalls 1 Stelle über, so daß 17 Stellen eingespart wurden. Da aber beim Finanzministerium eine weitere Referentenstelle errichtet wurde und beim Wasser- und Straßenbau 5 Stellen und beim Finanzministerium eine weitere Stelle eingespart wurden, so beträgt die gesamte Stellen-einsparung bei den planmäßigen Beamten aus Anlaß der Aufhebung des Arbeitsministeriums insgesamt 22 Stellen. Bei den außerplanmäßigen Beamten wurden 2 Stellen eingespart.

### Neue Eingänge im Badischen Landtag

Im Badischen Landtag ist von den Frauenabgeordneten ein Antrag eingebracht, der die Ergründung von Maßnahmen gegen die weitere Zunahme der Sabotage, Diefen usw. zum Gegenstand hat. Weiter ist dem Landtag eine größere Anzahl von Gesuchen zugegangen. Mehrere von ihnen haben die Forderung der Gebäudesondersteuer zum Gegenstand. Andere Gesuche von Beamtenorganisationen beziehen sich mit dem Wohnungsgeldzuschuß, mit Besoldungsfragen und mit der Entlassung von Eisenbahnarbeitern. Die früheren Referenten haben ein Gesuch um Verbesserung der Aufwandsverhältnisse eingebracht. In anderen Gesuchen wird die Aufwertungsforderungen und die Forderung des Landwirtschafts-fammergesetzes behandelt.

### Aufwertungsfragen — Reichsbahn-Gesellschaft

### Aus dem Haushaltsausschuß des badischen Landtags

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 17. Februar, vormittags, wurde in die Beratung des Zentrumsantrages eingetreten, Veränderung der 3. Steuererhöhung in Bezug auf die Aufwertungsfragen. Nach der Berichterstattung durch Abg. Dr. Maier (lib. V.) wurde in eine kurze Allgemein-debatte eingetreten und dann sofort in die Einzelberatung des Zentrumsantrages, wozu noch verschiedene Abänderungs- und Ergänzungsanträge verschiedener Parteien eingeleitet waren. Ein Abschluß ist noch nicht erfolgt, die Beratung vielmehr nur unterbrochen. In der Nachmittags-Sitzung fand jedoch die erste Besprechung des Haushaltsausschusses seit Errichtung der Reichsbahn-Gesellschaft in Gegenwart des Herrn Finanzministers und des Präsidenten der Reichsbahn-Direktion Karlsruher und seinem Referenten statt. Der Vorsitzende des Ausschusses befragte zunächst die Vertreter der Reichsbahn-Gesellschaft, insbesondere den Herrn Präsidenten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen zu einem allseitigen günstigen Abschluß führen werden, umso mehr, als es nicht einem gewissen Gefühl der Behmut entbehre, daß eine solche Besprechung der letzte Rest der früheren Eisenbahnhöhe der Länder darstelle, bis zur Entwidlung einer Reichseisenbahngesellschaft.

Auf Vorschlag des Finanzministers wurde lobann in die Besprechung der Fahrplanwünsche eingetreten, wie Durchführung des internationalen Verkehrs besonders Holland-Schweiz, Anschließ der Seitenlinien an den direkten Durchgangsvorteil und insbesondere auf sozialdemokratische Anregung, den Arbeiter- und Berufsverkehr, in Verbindung mit der Beförderung der Schüler zwischen Wohnort und Beschäftigungsort, bewenden städt. Schulorten. Auf die verschiedenen vorgebrachten allgemeinen Einzelwünsche erwiderte sowohl der Reichsbahndirektionspräsident, wie sein Mitarbeiter, besonders darauf hinweisend, daß viele der hier vorgebrachten Wünsche bereits im vorgegebenen Sommerfahrplan ihre Erfüllung fanden, andere nochmals sofort nachgeprüft und wenn irgend möglich, auch ihre Erfüllung finden sollen. Insbesondere würde dem Arbeiter- und Berufsverkehr wie dem Schülerverkehr die größte Aufmerksamkeit geschenkt, und sowohl mit den Vertretern der Arbeitgeber, Handel und Industrie, wie mit den Vertretern der Arbeitervereine, Gewerkschaften und Organisationen, wie auch den Schulbehörden, Rücksicht genommen, um ihren Wünschen und Anträgen in geradem Ausmaß Rechnung tragen zu können. Als Grundtat der Erfüllung all dieser Wünsche müsse aber für die Reichsbahn-Gesellschaft gelten: Kein Zug könne gefahren werden, ohne Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen.

Auch auf die Ergründung des Verkehrs auf der Strecke Basel-Konstanz durch die deutsch-schweizerische Bahnkontrolle, wurde speziell eingegangen und im allgemeinen für die Aufhebung des Visa-Zwanges im internationalen Verkehr eingetreten, wie auch darauf hingewiesen, daß sowohl die Reichsbahn-Gesellschaft wie die bad. Regierung bemüht sein werden, für baldige und vollständige Aufhebung dieser unnatürlichen Verkehrsbehinderung einzutreten.

**Schuppenbildungen**  
und den damit verbundenen  
**Haarausfall behandelt**  
man am zweckmäßigsten mit  
**Auxolin-**  
**Schuppen-Pomade**  
von F. Wolff & Sohn, Karlsruhe.  
Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.— die Dose.



Als weiterer Punkt der Aussprache wurden behandelt die Frage des Tarif- und Güterverkehrs, besonders die für den badischen und süddeutschen Handel und Verkehr wichtige Frage der Wasserumflugsstarke. Nebenbei wurden Wünsche und Anträge geäußert über die Verklärung der Auslastung im Güterverkehr, das Frachttarifsverfahren, Verengung von Güterplätzen und Annahme von Frachttarifen. Die Reichsbahndirektion lagte an, alle die gestellten Anträge und Wünsche zu prüfen und der Herr Präsident verwies in der Frage der Wasserumflugsstarke auf seine früheren Ausführungen über diese Sache anlässlich einer Tagung der Handelskammer in Mannheim.

Sodann wurde in die Besprechung der bereits im bad. Landtag behandelten Anträge eingetreten, die den Weiterbau der beim Uebergang der bad. Bahnen an das Reich am 1. April 1920 bereits im Bau begriffenen Bahnlinien betreffen. Auf Verweisung hierbei auf die bereits erschienenen Berichte, die auch der heutigen Stellungnahme der einzelnen Redner entsprechen. Sowohl der Herr Präsident wie sein Mitarbeiter haben, sowohl nach der sachlich-rechtlichen, wie nach der technischen Seite Auskunft, die von dem Vorsitzenden des Ausschusses dahin zusammengefaßt wurden, daß diese Auskunft klar, aber für die bad. Interessen bedauerlich sei. Die Reichsbahnverwaltung läßt sich in dieser Stellungnahme auf die formal-rechtliche Seite, daß sie diese Verpflichtungen der Weiterbau dieser Strecken, wie sie im Staatsvertrag vom 1. April 1920 vorsehen ist, im Reichsbahngesetz nicht übernommen, sondern ausdrücklich ausgeschlossen habe. Die Reichsbahnverwaltung habe aber dennoch ihre Ehrenpflicht daraus, diese Bahnen aus dem Weiterbau führen, wenn dies im Rahmen der Wirtschaftlichkeit und angesichts der Reparationsverpflichtungen möglich sei. Zur Zeit sei dies jedoch aus finanziellen Gründen ausstehend. In Württemberg und Preußen seien für die gleichen Zwecke von den Interessenten, Gemeinden, Städte oder Länder bereits Mittel im Wege von Darlehen zur Verfügung gestellt worden. Dieser Weg sei auch bei Erfüllung der badischen Wünsche in Erwägung zu ziehen. Die Hauptverwaltung in Berlin habe in Besprechungen über die badischen Bahnbauten in Aussicht gestellt, den Weiterbau folgender Bahnlinien zu genehmigen, deren Bau wirtschaftlich begründet erscheine, wenn die hierzu nötigen Mittel auf dem Wege der Kreditbeschaffung aufgebracht würden:

1. Elzsee-Seebrud
2. Neckalbahn
3. Verbindung mit Württemberg die Muraltalbahn.

Diese Ausführungen lösten keine besonderen Freuden im Zuschau aus und es muß nun Aufgabe der badischen Regierung sein, auf Grund des Staatsvertrags zunächst in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten.

Als letzter Punkt der Aussprache standen die Personalangelegenheiten der Reichsbahngesellschaft zur Debatte, eine Frage nicht nur personeller, sondern auch wirtschaftlicher Art für das badische Land. Sind doch diese Abbaumaßnahmen gegenüber den Arbeitern und Beamten in Form von Massenentlassungen und Kürzungen, Schließung ganzer Werkstättenabteilungen, namentlich in einem Maße vorzunehmen worden, die auf zu einer schweren Gefährdung der Sicherheit des Betriebes wie des Publikums führen müssen.

Ein sozialdemokratischer Redner gab hierüber an Hand zahlreicher Belege und Unterlagen ein eingehendes Bild der Abbaumaßnahmen der Reichsbahngesellschaft im Bereiche des Landes Baden, ging Johann auf die Frage des Arbeiter- und Beamtenrechtes ein, auf die Frage der neuen Personalordnung auf Grund des Reichsbahngesetzes, um daran anschließend auf den starken Unterschied zu verweisen zwischen den Entlassungen und dem von der Reichsbahngesellschaft eingeführten Prämienystem und den für den leitenden Beamten gewährten auffälligen hohen Gehältern.

Der Herr Reichsbahndirektionspräsident gab Aufschluß über die Bemerkungen des Abbaus des einseitigen Prämienystems, wie sie bereits in halbamtlichen Mitteilungen seitens der Reichsbahndirektion in der Presse dargestellt wurden. Diese Mitteilungen wurden dann durch Ausführungen von zwei Zentrumrednern und einem weiteren sozialdemokratischen Redner ergänzt, eine Beschlußfassung konnte nach Sachlage jedoch nicht stattfinden.

Die kommende Aussprache in der öffentlichen Sitzung des Landtages anlässlich der von sozialdemokratischer und Zentrumseite eingebrachten Interpellationen wird jedoch zur Genüge Gelegenheit geben, auf alle die in der Aussprache berührten Fragen näher in aller Öffentlichkeit einzugehen. Nur eine Tatsache bei den Verhandlungen im Haushaltsausschuß war sehr auffallend: daß die beiden der Eisenbahn angehörenden Mitglieder des Zentrums sich völlig stillschweigend verhielten und mit keinem Wort an der Aussprache sachlicher Art sich beteiligten.

## Volkstum, Staatsform und Kultur in neuen Europa

Zum erstenmal trat der republikanische Studentenbund an der hiesigen Hochschule am Mittwoch abend an die Öffentlichkeit und zwar mit einem Vortrage des Herrn Staatspräsidenten Dr. Dellpaß über „Volkstum, Staatsform und Kultur im neuen Europa“. Wir begrüßen es, daß es endlich gelungen ist, in die Hochschule der Reaktion in Karlsruhe, nämlich in die Studentenschaft der Hochschule Weische zu gehen, und zwar nicht zuletzt im Interesse des pol. Ansehens der Studentenschaft selbst. Wir begrüßen die wackeren Schar der republikanischen Studenten, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den republikanischen Gedanken unter der Studentenschaft zu pflegen und mit ihm das Erbe der alten Freiheitstämpfer unter der Studentenschaft zu wahren. Möge die zwar nicht leichte aber ehrenvolle Tätigkeit des republikanischen Studentenbundes an der hiesigen Hochschule, nämlich der Kampf gegen politischen Unverstand und Erziehung zu republikanischen Staatsbürgern von vollen Erfolg begleitet sein zum Wohle unseres republikanischen Vaterlandes.

Der Vortrag selbst fand im Hörsaal der Chemie statt und hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Eingeleitet wurde er durch die Eröffnungsansprache des Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe des republikanischen Studentenbundes, Herrn Dellpaß, der die Aufgaben und Ziele des republikanischen Studentenbundes in kurzen, prägnanten Worten bekanntgab. Der Vortrag, der die Hochschule der Reaktion in Karlsruhe, nämlich in die Studentenschaft der Hochschule Weische zu gehen, und zwar nicht zuletzt im Interesse des pol. Ansehens der Studentenschaft selbst. Wir begrüßen die wackeren Schar der republikanischen Studenten, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den republikanischen Gedanken unter der Studentenschaft zu pflegen und mit ihm das Erbe der alten Freiheitstämpfer unter der Studentenschaft zu wahren. Möge die zwar nicht leichte aber ehrenvolle Tätigkeit des republikanischen Studentenbundes an der hiesigen Hochschule, nämlich der Kampf gegen politischen Unverstand und Erziehung zu republikanischen Staatsbürgern von vollen Erfolg begleitet sein zum Wohle unseres republikanischen Vaterlandes.

Der Vortrag selbst fand im Hörsaal der Chemie statt und hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Eingeleitet wurde er durch die Eröffnungsansprache des Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe des republikanischen Studentenbundes, Herrn Dellpaß, der die Aufgaben und Ziele des republikanischen Studentenbundes in kurzen, prägnanten Worten bekanntgab. Der Vortrag, der die Hochschule der Reaktion in Karlsruhe, nämlich in die Studentenschaft der Hochschule Weische zu gehen, und zwar nicht zuletzt im Interesse des pol. Ansehens der Studentenschaft selbst. Wir begrüßen die wackeren Schar der republikanischen Studenten, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den republikanischen Gedanken unter der Studentenschaft zu pflegen und mit ihm das Erbe der alten Freiheitstämpfer unter der Studentenschaft zu wahren. Möge die zwar nicht leichte aber ehrenvolle Tätigkeit des republikanischen Studentenbundes an der hiesigen Hochschule, nämlich der Kampf gegen politischen Unverstand und Erziehung zu republikanischen Staatsbürgern von vollen Erfolg begleitet sein zum Wohle unseres republikanischen Vaterlandes.

Seit 1917 mit der Entthronung in Russland und fand sein Ende im Herbst 1918, wo das österröische und deutsche Meer, sowie die deutsche und österröische Monarchie zusammenbrachen. Nach Abschluß des Friedensvertrages von Versailles mußte auch das blühende Rüge erkennen, daß das alte Europa, das 100 Jahre lang bestanden hatte, verändert wurde. Das alte Europa hing schon 1871 zu Berlin an und Bismarck machte den Frankfurter Versuch, es so gut wie möglich zu stützen. Es entliehe die Frage, ob das nach dem Friedensvertrag geschaffene neue Europa ein Gebilde mit Weltanschauung sei oder eine bloße Notmaßnahme und ob ein neues Europa dieselbe Einheitsidee vorzuziehen ist wie im alten Europa. Reue ist es nicht vorbanden, denn es bedurfte langer Zeit hindurch, bis gemeinsame Verhandlungen beider Gegner möglich waren. Innerliche Triebkräfte sind aber vorhanden, die die Einheit Europas, wie dies beim alten Europa der Fall war, anstreben, denn in allen Ländern sind Strömungen vorhanden, die die Einheit Europas zum Ziele haben. Dabei spielen politische Strömungen eine Rolle, während von anderer Seite die Einheit Europas außerhalb der Massen der politischen Gedanken angeht.

Der Referent beschränkte sich sehr eingehend mit den politischen und staatspolitischen Ansichten in Europa. Er nannte drei Grundelemente, die aus der oberröischen Kultur hervorgehen und auf die alles politische Leben zurückzuführen ist, nämlich Volkstum, Staatsordnung und Kultur. Das Volkstum ist das ursprüngliche Merkmal, das durch alle Völker Europas ja sogar der anderen Erdteile hindurchgeht. Das Volkstum ist die Bewegung, die die Nationen in den Mittelpunkt des politischen Lebens stellen. Als Kern des Volkstums wird die Volksgemeinschaft bezeichnet. Der Referent untersuchte auf Grund wissenschaftlicher Beobachtung die Frage, ob Volkstum und Nation mit Masse gleichbedeutend ist. Er kam dabei zu der Auffassung, daß in Deutschland verschiedene Nationstypen vorhanden sind, und daß nicht die Volksgemeinschaft, nicht die einheitliche Abstammung, nicht einmal die Rassenzugehörigkeit es ist, was den Zusammenhalt des Volkstums ausmacht. Die Antropologie beweist, daß eine Ständeränderung auch eine Schädelveränderung mit sich bringt. Die Sprache ist das Hauptmerkmal der Nationalität und des Volkstumsgefühls, die Sprache ist es immer wieder gewesen, die die Gemeinsamkeit gebildet hat. Das neue Europa, so große Schönheitseher es aufweist, hat die Sprachgemeinschaft als Grundlinie des Volkstums. Nur Deutschland wurde dies durch den Versailles Friedensvertrag verboten. Die Sprachintoleranz ist heute so groß wie vor 400 Jahren die Glaubensintoleranz.

Die Frage, ob die Demokratie des neuen Europas imstande ist, die Einheit Europas zu verwirklichen, also das, was Napoleon erstrebte, zu erreichen, beantwortete der Referent mit dem Hinweis, daß die Demokratie die Schrittweiserin der nationalen Einigung ist. Die lateinische Demokratie hat z. B. für Frankreich den geschlossenen Nationalstaat geschaffen. Auch bei der Schweiz ist dies der Fall, aber die Schweiz ist eigentlich als germanische Demokratie anzuprehen. Das Kennzeichen der germanischen Demokratie liegt in Volkstum und Staatsform, was sich insbesondere in harter Haltung am körperlichen Zusammenleben, wie z. B. in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Amerika zeigt. Während der lateinische Staat lütholt aufgebaut ist wie eine Pyramide, wehren sich die germanischen Staaten gegen irrationale Veränderungen. Weiterhin hat die germanische Staatenbildung Enrico Tenzenen zum internationalen. Der Referent ging so fern auf die Frage ein, ob die Demokratie in Deutschland von Dauer ist und stellt dabei die Tatsache fest, daß es der Demokratie zur Zeit nicht gut ergohe. Die Republik wird auf lange hinaus Aussicht auf Bestand haben, aber die Republik schließt nicht die Demokratie in sich. Es gibt breite, die wohl für Republik sind, aber nicht für Demokratie, sie stellen das Oberhaupt der Republik immer aus einer ganz bestimmten oberen Klasse. Wenn in Europa die Republik als feststehend betrachtet werden kann, so deshalb, weil nur selten eine Monarchie wieder aufgerichtet worden ist und die Monarchien bei Erfüllung großer Aufgaben berufen haben. Auch ist der Präzedenzfall nicht dazu gelangt, die Monarchie wieder aufleben zu lassen. Daraus ist die Prognose zu entnehmen, daß die Republik trotz Anfechtung aus Nationalromantik in Europa auf lange Zeit Bestand haben wird. Anders sieht es mit der Demokratie, denn die Zerissenheit des Reichstags zeigt z. B. keine parlamentarische Demokratie, auch bildet das Parlament nicht der Schauplatz politischer Führeranklasse. Weiterhin ist der Einfluß und die Macht der berufständlichen Organisationen nicht mit demokratischem Parlamentarismus zu vereinigen. Aber die berufständlichen Organisationen sind nicht zu ignorieren und es muß ihnen im staatlichen Leben ein Platz angewiesen werden, den sie nicht überschreiten dürfen. Zum Schluß beschränkte sich der Referent mit kulturellen Problemen im neuen Europa und konstatierte, daß die amerikanische Kultur vielfach anantreffen ist mit der unbedingten Ausnutzung des zweckmäßigen Lebens in: 1. Erwerb, 2. Leben, 3. Sport. Allerdings legen die breiten Massen in Amerika auch Wert auf die religiöse Glaubensfreiheit. Der Hellpoch stellt Johann nach den großen Wert unserer deutschen Sprache als Weltsprache, insbesondere in Anbetracht der Orientierung Deutschlands nach dem Osten. Deutschland muß, so führte er aus, im Osten führend sein, denn Ost ist das, was wir uns geföhrt werden kann. Je mehr Industrialisierung im Osten, desto mehr müssen wir bewußt sein, daß diese neue Sprache unserer Führung stehen muß. Volkstum und Sittlichkeit sind die Grundpfeiler des nationalen Lebens. Der Anbruch einer neuen europäischen Kulturperiode steht bevor und die germanisch-slavische Kultur wird in Zukunft im neuen Europa vorherrschen. Mit einem Appell an die Jugend, sich der großen Aufgaben bewußt zu sein, schloß der Referent seinen zweistündigen, äußerst geistreichen und interessanten Vortrag, für den ihm das Auditorium durch reichlichen Beifall dankte.

## Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 20. Februar

20. Febr. 1810 Andreas Hofer in Mantua erschossen. — 1915 Weltausstellung in San Francisco. — 1920 Der Polarforscher Robert Peary in Washington.

### Das Paradies des Rofoko

Auf alle diejenigen, die sich unter dem Namen „Rofoko“ neben dem bekannten Schnitz- und goldtrochsen Bau- und Dekorationsstil des 18. Jahrhunderts in kultureller Hinsicht die allante Zeit der geschminkten Keiseroberanen und besetzten, neigebagten und abgewählten Kanakler, also gewissermaßen eine Epoche der frühlichen Lebensbejahung vorstellen, dürfte der Besuch des Vortrags des Gen. Professor Wilhelm in der vorerzogenen Bezirksversammlung der Sozialpartei mit dem Thema „Das Paradies des Rofoko“ etwas erhellend geruht haben. Gewiß, es war eine Zeit des heiteren Lebensgenusses, aber nur für eine kleine Oberschicht, während die große Masse des Volkes im tiefsten Elend verschwand. Der Vortragende verhandelt es vortrefflich, mit Humor und Sachtzinn in kurzen Auschnitten die charakteristische Zeit des französischen „Rofoko“ von Ludwig XIV. bis Ludwig XVI. zu zeichnen, die den deutschen Nachbarn

in der Zeit als Vorbild diente. Der Unterbau dieser Kulturpyramide bestand aus der großen Masse der Bauern, Handwerker und Dienstboten, die unter den denkbar traurigsten Verhältnissen lebte, während die kleine Oberschicht, der Hof und der Adel in Genuß und Luxus lebte und als Lebensinhalt nur Essen und Trinken, Reizen und Vergnügen kannte. Die nötigen Finanzen hierzu wurden aus dem Volke durch eine raffinierte Steuerpolitik herausgedrückt. Die Wertvorzeichen der Hoffiten und Lebensgewohnheiten der Oberen jener Zeit waren derart, daß man sich heute kaum eine Vorstellung davon machen kann. Und zu diesen Oberen ist auch die damalige hohe Geistlichkeit zu zählen, die in Punkt Ausgewieungen und Wirtshauswirtschaft in keiner Weise den andern zurückstand. Das Bürgertum allein vertrat die höhere Sittlichkeit. Wenn man sich tiefer in die Geschichte dieser Epoche vertieft, so muß man sich fragen: Was hat es genützt, daß jene Zeit des Riesescheigen Herrenmenschenstums“ stüdtete, zu dessen Gunsten sich das Volk hat ausbeuten lassen? Gewiß, wir bestaunen heute noch die Bautenmaler des Rofoko, aber die elenden Lehnknechten daneben, in denen das Volk hauste, leben wir nicht mehr. Dieses Herrenmenschenstum hat lediglich dem Triumph der schamlosesten Sinnlichkeit auf den Thron geschoben, jedoch unter dem Paradies des Rofoko nichts wie ein Komplex von Schwellenstall zu verleben ist.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall verhandelt. Man muß sagen, daß es die Bezirksleitung der Sozialpartei wert sei, durch geistige Ausweitung der Redner und der Thematik der Interesse am Vernehmungsbezug zu haben. Das Lokal war bis auf den letzten Platz besetzt und jeder Zuhörer dürfte betriebligt von dem Gehörten und im Bewußtsein, etwas gelernt zu haben, nach Hause gegangen sein.

### Ein neuer Protest gegen die Arbeiterentlassungen bei der Reichsbahngesellschaft

Zu den Entlassungen bei der Reichsbahngesellschaft hat der Bezirksbetriebsrat bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe unter dem 16. Februar nachsichtige Entlassungen angemeldet. Der Abbau in den Eisenbahnausbesserungswerken und den Bahnbetriebswerken von insgesamt 700 Arbeitern der von der Hauptverwaltung angeordnet wurde, lehnt der Betriebsbetriebsrat ab. In wirtschaftlicher Hinsicht, wie auch im Interesse der Betriebsfähigkeit werden Folgeerscheinungen nicht ausbleiben. Der Betriebsbetriebsrat hat der Reichsbahndirektion gegenüber sachliche und soziale Gründe dafür geltend gemacht, daß der Abbau produktiver Arbeitskräfte keineswegs gerechtfertigt ist.

Technische, sowie organisatorische Umstellungen und die Einführung des Gedinges hat eine durchschnittliche Mehrleistung von 25 Prozent des Produktionssertrages gebracht. Mit der Hebung des Produktionssertrages ist ein wesentlicher Bestandteil der Betriebsleistung und den gesamten Arbeitern der Werte zu verdanken. Die feststehende Tatsache, daß sich die Arbeitsleistung wesentlich gehoben hat, wird auch von der Verwaltung angegeben, letztere hat aber aus dieser Tatsache keine Veranlassung genommen, eine Verklärung der Arbeitsleistung herbeizuführen.

Alle solche Umstellungen und Neueinführungen haben nur den Sinn und Zweck, wenn die Arbeiterkraft durch Verklärung der Arbeitsleistung soziale und kulturelle Besserstellung erreicht. Der Betriebsbetriebsrat lehnt die Entlassungen, die nur durch die Führung des Aufständigtages die Gesundheit der Arbeiter und das Interesse an der Weiterentwicklung der Produktionsmethoden gefährdet werden kann.

(1) Neueröffnung. Wie aus dem in dieser Nummer erschienenen Inserat ersichtlich, eröffnet die Firma Otto Loewenherz & Co., Kaiserstraße 88, Spezialhaus für Anzeigen, Wochenschriften und Zugsanfragen-Bestellung ihre Ausstellung Sonntag den 21. und den Verkauf am Montag, den 22. Febr. Die Firma bringt große Sortimente aus allerersten Säufen der Branche in billigen und besseren Preislagen und ist die Auswahl eine erstklassige. Die Preise sind der Zeit entsprechend billig gestellt und empfiehlt sich eine Besichtigung des neuen Unternehmens.

Gesangsverein Gleichheit. Freunde eines gesunden Summens treffen sich am Samstag, Sonntag in der Tonhalle zum „Bühnenfest“ beim Kapellmeister des Vereins. Dagegen Großstadtkonzert, Musikantentische, Wirtshauskonzerte, seltene Genüsse musikalischer Art eines großen Volksorchesters werden die Besucher zu unterhalten wissen. Auch ist eine Protestkundgebung aller Vorkoren, Helfer, Rufe und Karikaturen geplant, um gegen die Deedemerkantilitäten zu protestieren, die glauben, neben dem Raubzug auf die Geldbeutel des Volkes auch noch die Verarmung der Vorkoren ungestraft vornehmen zu können. Alles Nähere durch das Inserat.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Jugendabteilung. Sonntag, 22. Februar, findet ein Ausmarsch der gesamten einseitigen Jugendkameraden, fämlich der Bezirksabteilung, am Montag, den 23. Febr. Die Parade beginnt um 10 Uhr in der Kaiserstraße (ehemals Tor). Antrittspunkt 1/2 Uhr. Rückkehr nach 12 Uhr. Die Gruppenführer müssen hierzu erscheinen. Es ist Pflicht aller Kameraden, daß sie an diesem Ausmarsch unbedingt teilnehmen.

Bezirk Oststadt. Heute abend 8 Uhr im „Ratssaal“ Bezirksversammlung mit Vortrag des Kam. Koch über „Die geschichtliche Entwicklung der Farben Schwarz-Rot-Gold“. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Bezirk Oststadt. Heute abend 8 Uhr in der „Atrone“ Bezirksversammlung. Tagesordnung: Auswahl des Bezirksführers. Es ist Pflicht aller Kameraden, der Bezirkversammlung anzuwohnen.

Bezirk Oststadt. Heute abend 8 Uhr in der „Atrone“ Bezirksversammlung. Tagesordnung: Auswahl des Bezirksführers. Es ist Pflicht aller Kameraden, der Bezirkversammlung anzuwohnen.

Bezirk Oststadt. Heute abend 8 Uhr in der „Atrone“ Bezirksversammlung. Tagesordnung: Auswahl des Bezirksführers. Es ist Pflicht aller Kameraden, der Bezirkversammlung anzuwohnen.

Ihr seitheriges Haarwaschmittel wird übertröfen von dem gegen Haarkrankheiten so wirksamen „Hilpon“ Kopfwashpulver. Die medizinischen Bestandteile von „Hilpon“ verschönern die Haare einfach wunderbar. Blonde Haare glänzen hell wie Gold, dunkelwunderbar brillant. Viele Dankeschreiben bestätigen dies. Ein Päckchen „Hilpon“ um 2/3 leicht 2 mal. Nur das echte „Hilpon“ verlangen und nichts anderes nehmen.







